



# FIGU-

# ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:  
Sporadisch

Internetz: [www.figu.org](http://www.figu.org)  
E-Brief: [info@figu.org](mailto:info@figu.org)

3. Jahrgang  
Nr. 63, Februar 2017

## Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit:

**Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.**

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend identisch sein mit Gedanken, Interessen, Lehre und Missionsgut der FIGU.

### «Mainstream-Medien jetzt politische Opposition»: Reagans Ex-Minister schreibt scharfen Kommentar

Von Paul Craig Roberts, Gastautor 29. Januar 2017 Aktualisiert: 30. Januar 2017 7:54

Nachdem US-Präsident Donald Trump die Medien scharf angegriffen hat, legt ein Ex-Minister Ronald Reagans nach: Paul Craig Roberts wirft den Mainstream-Medien vor, Komplizen bei millionenfachem Massenmord in US-geführten Kriegen zu sein. Und er findet, ehrliche Medien wären wichtig, um der Trump-Regierung zu helfen.



Donald Trump, umringt von Journalisten.  
Foto: DON EMMERT/AFP/Getty Images

Der US-amerikanische Ex-Politiker und Journalist Paul Craig Roberts hat die Mainstream-Medien in einem neuen Blog-Beitrag scharf angegriffen und ihnen Komplizentum bei millionenfachem Massenmord vorgeworfen.

Roberts war unter US-Präsident Reagan Vize-Finanzminister und hatte weitere Ämter und Beraterfunktionen bei der US-Regierung inne, bevor er Journalist wurde. Der einstige Mitherausgeber und Kolumnist des «Wall-street Journal» ist heutzutage nur noch auf seinem eigenen Blog und alternativen Medien zu lesen – dort nimmt er allerdings kein Blatt vor den Mund.

Mit seinem neuesten Blog-Artikel knüpft Roberts an die Aussage von Trump und seinem Chefstrategen Stephen Bannon an. Dieser hatte zur «New York Times» gesagt, die Mainstream-Medien agierten als «politische Opposition», sie sollten «den Mund halten und einfach mal zuhören».

Hier Roberts Kommentar, minimal gekürzt für bessere Verständlichkeit:



**«Die Medien sind jetzt die politische Opposition»**

Bannon hat recht, dass die US-Medien – ja, die gesamten westlichen Print- und Fernsehmedien – nichts anderes sind als eine Propagandamaschinerie für die herrschenden Eliten. Die Pressetitulierten sind ohne Integrität, moralisches Gewissen und Achtung vor der Wahrheit. Wie diese geistig (Anm. bewusstseinsmässig) Minderbemittelten die Pressefreiheit als «die Freiheit die Öffentlichkeit zu belügen» definieren, kann man in den Kommentaren lesen.

Wer, wenn nicht die verabscheuungswürdigen westlichen Medien, rechtfertigte die enormen Kriegsverbrechen, die von den Regierungen unter Clinton, Bush und Obama in neun Ländern gegen Millionen von Menschen begangen wurden – in Afghanistan, Irak, Libyen, Pakistan, Jemen, Syrien, Somalia, Palästina und in den russischen Gebieten der Ukraine?

Wer, wenn nicht die verabscheuungswürdigen westlichen Medien, rechtfertigte die inländischen Polizeistaaten, welche in der westlichen Welt im Namen des «Kriegs gegen den Terror» errichtet wurden?

Gemeinsam mit den Kriegsverbrechern der Clinton-, Bush- und Obama-Regimes, sollte man die westlichen Medien wegen ihrer Mitschuld bei diesen massiven Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Gericht stellen.

Die Anstrengungen der westlichen Medien, den hohen Spannungslevel zwischen dem Westen und Russland aufrechtzuerhalten, sind eine Gefahr für die gesamte Menschheit, eine direkte Bedrohung für das Leben auf der Erde. Gorbatschows Warnungen sind korrekt. Trotzdem erklären die Pressetitulierten, dass Trump, falls er die Sanktionen aufheben sollte, damit beweisen würde, dass er ein russischer Agent sei. Es ist paradox, dass die Demokraten und die liberal-progressiven Linken ausgerechnet die Antikriegsbewegung mobilisieren, um sich der Anti-Kriegs-Politik Trumps entgegenzustellen!

Indem sich die westlichen Medien weigern, ihre Lügen – die sie nun euphemistisch «Fake News» nennen – zugeben und sich für diese zu entschuldigen, haben sie gegenüber der Menschheit noch auf andere Arten versagt. Zum Beispiel haben die Medien, indem sie bewusst Lügen verbreiten, auch Meineid und Falschaussagen legitimiert bei der Verurteilung unschuldig Angeklagter [...] durch das amerikanische «Justizsystem», das ungefähr so viel mit Gerechtigkeit zu tun hat wie Völkermord mit Erbarmen. Wenn die Medien über Weltereignisse lügen können, dann können Polizei und Staatsanwälte auch über Verbrechen lügen.

Indem sie in Bezug auf Trump die Rolle der politischen Opposition übernehmen, haben sich die Medien diskreditiert und können keine ehrlichen Kritiker mehr zu den Themen sein, bei denen Trump Kritik bräuchte, wie zum Beispiel beim Thema Umwelt oder Toleranz bezüglich unterdrückerischer Methoden bei der Polizei. Die Pressetitulierten haben jegliche Chancen verspielt, die Leistungen Trumps durch kritische Berichterstattung zu verbessern.

Trump bräuchte Mässigung bei den Themen Umwelt, Polizei und Krieg gegen den Terror. Trump muss verstehen, dass «die muslimische Bedrohung» ein von den Neokonservativen und dem Militär- und Geheimdienstkomplex erschaffener Schwindel ist, bei dem die Pressetitulierten Komplizen sind, um der Hegemonie-Agenda, dem Budget und der Macht der CIA, des Pentagons und der Rüstungsindustrie zu dienen.

Sobald die USA aufhören, Muslime zu bombardieren und abzuschlachten und [auch damit aufhören] Kräfte auszubilden und zu bewaffnen, die ungehorsame muslimische Regierungen stürzen wie in Syrien, Irak und Libyen geschehen, wird die «muslimische Bedrohung» verschwinden.

Vielleicht wird Trump sich noch auf die Agenda setzen, die sechs Mega-Medienkonzerne, die 90% aller US-Medien besitzen, in hunderte Stückchen zu zerschlagen und sie zu verkaufen an einzelne und unabhängige Eigentümer ohne Verbindung zu den herrschenden Eliten. Dann könnte Amerika wieder Medien haben, die mit Hilfe der Wahrheit die Regierung im Zaum halten, anstatt mit Lügen für oder gegen die Regierung zu arbeiten.

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/welt/mainstream-medien-jetzt-politische-opposition-reagans-ex-minister-schreibt-scharfen-kommentar-a2036046.html>

**«Trump und Putin läuten das Ende unserer Macht ein!»****Westliche «Eliten» verfallen in kopflose Panik**

*Pierre Lévy, Paris; RT Deutsch; Mi, 25 Jan 2017 07:47 UTC*

Während man alle Hände voll damit zu tun hat, den Hass der Gerechten gegen den neuen US-Präsidenten Donald Trump zu mobilisieren, bereitet dessen finsterer Bruder im Osten schon die nächsten Wahl-Hacks vor.



© Reuters

Entsetzt, von Panik ergriffen, erstarrt: So wirkten die politisch Verantwortlichen im Westen und die ihnen treue Presse zu jenem Zeitpunkt, in dem Donald Trump in das Weisse Haus einzieht.

Und was soll man zu jener Handvoll «nützlicher Idioten» sagen, die in Berlin, Paris oder London vor allem mit der köstlichen Parole «Das ist nicht mein Präsident» aufmarschiert sind? Man kann nichts anderes tun als auf einen grundsätzlichen Bruch hinzuweisen, der sich nach und nach in vielen europäischen Ländern ebenso abzeichnet wie in den Vereinigten Staaten:

- Zwischen den eher besser gestellten Mittelschichten aus Städtern und Intellektuellen, die nach Globalisierung streben; und einer Arbeiterklasse, die seit Jahrzehnten Missachtung und Zersplitterung erfährt.
- Zwischen den Ersteren, die an «Werte» denken, und den Zweiten, die «Interessen» bewegen, d. h. ganz einfach ihr soziales Überleben.
- Zwischen denjenigen, die sich selbst «gegen den Hass» mobilisieren (!), und denjenigen, die sich für Arbeitsplätze versammeln.

Eine übertriebene Vereinfachung? Vielleicht. Aber diese sichtbar werdende Klassenpolarisierung beginnt vielleicht gerade erst. Und es ist umso besser, wenn dabei die Zweiten ihre Würde wiedererlangen, ihre Existenz und die kollektive Rolle, die ihnen von den Verfechtern der wirtschaftlichen, aber auch ideologischen Globalisierung verweigert wurde.

Hören wir mal, was die Stimmen der Elite zu sagen haben: «Das ist das Ende der Welt», liess Manuel Valls verlauten und meinte damit nicht etwa die Ergebnisse der Vorwahlen bei den französischen Sozialisten, sondern die Aussicht auf eine «Allianz zwischen Trump und Putin».

«Donald Trump ist entschlossen, das europäische Projekt zu zerstören», liest man im entsetzten Leitartikel der französischen Zeitung «Libération». Und «Le Monde» schlägt Alarm: «Der Präsident der Vereinigten Staaten hat sich absichtlich auf den Weg einer Destabilisierung Deutschlands begeben, (...) ganz Europa wird dadurch angegriffen.»

Angela Merkel weist ihrerseits darauf hin, dass die EU vor einer ihrer «grössten Herausforderungen der letzten Jahrzehnte» steht.

Der EU-Kommissar Pierre Moscovici ist entrüstet: «Wir haben eine amerikanische Regierung, die sich die Zerschlagung der Europäischen Union wünscht, das ist doch wohl nicht möglich!»

Der scheidende US-amerikanische Aussenminister hat die in Davos versammelten prominenten globalisierten Eliten ermahnt, sich «daran zu erinnern, warum wir diesen Weg seit 70 Jahren gemeinsam gehen.» John Kerry scheint sich damit auf die euro-amerikanische Achse der Vergangenheit zu berufen.

Diese allgemeine Panik ist durchaus verständlich. Denn Donald Trump hat einige Tage vor seiner Amtseinführung in einem veröffentlichten Interview all jene Punkte bestätigt, die sowohl Brüssel als auch das Washingtoner Establishment schon während seines Wahlkampfes erzittern liessen. Und, wie Manuel Valls so genial bemerkte, «wir haben vergessen, dass es sein kann, dass ein Populist sein Programm durchsetzen will.» Wird das beim neuen Herrn im Weissen Haus der Fall sein? Erst einmal ist Vorsicht angebracht. Aber sollte Herr Trump auch nur zum Teil seinen Worten Taten folgen lassen, dann, ja, dann wäre es tatsächlich das Ende einer Welt, der Auslöser für den Übergang in eine andere historische Ära.

Denn was hat der Milliardär in seinem von «Bild» und der britischen «Times» veröffentlichten Interview gesagt?

- Das Vereinigte Königreich sei «intelligent» gewesen, die EU zu verlassen;
- dass die Letztere nur ein «Vehikel der deutschen Macht» sei; dass er überzeugt sei, andere Staaten würden es dem Brexit nachmachen;
- dass es ihm eine Freude wäre, ein eigenes Handelsabkommen mit London auszuarbeiten;
- dass der weltweite Freihandel – also insbesondere das TTIP-Abkommen – nunmehr überholt sei;

- dass die deutsche Automobilindustrie mit hohen Importzöllen rechnen könne, falls dadurch amerikanische Arbeitsplätze gefördert würden;
- und dass die Kanzlerin mit ihrer Politik der offenen Türen für Flüchtlinge einen «katastrophalen Fehler» begangen habe.

Der neue amerikanische Präsident bestätigte, dass er die NATO für «obsolet» halte; dass ein grosses Übereinkommen mit Moskau zur atomaren Abrüstung «im Interesse vieler Leute wäre»; und dass folglich die Sanktionen gegen Russland infrage gestellt werden könnten. Der NATO-Generalsekretär brachte alle ihm mögliche Zurückhaltung auf und erklärte sich «besorgt».

«Le Monde» wütete bereits Ende Dezember: «Herr Trump will der Mann des industriellen Wiederauflebens Amerikas sein und nicht der Sheriff einer westlichen demokratischen Ordnung, die es zu erhalten und zu verbreiten gilt.»

Unverzeihlich! In Davos hat Joseph Biden zwei Tage vor Ablauf seines Amtes als amerikanischer Vizepräsident verzweifelt dazu aufgerufen, die «liberale internationale Ordnung» zu retten ...

Sechzehn ehemalige Staats- und Regierungschefs und Minister – vor allem aus den nordöstlichen Ländern Europas – hatten kurz zuvor auf die grosse Gefahr aufmerksam gemacht, die mit einer Annäherung an Russland verbunden wäre: «Vertrauen und Freundschaft wären ein schwerwiegender Fehler», schrieben sie, ohne zu zögern.

Muss man sich da über die wachsende Hysterie gegenüber Russland wundern? Moskau wird in einem Aufwaschen beschuldigt, seine öffentlichen Medien mit wachsendem Erfolg auf ein westliches Zielpublikum auszurichten, die sozialen Netzwerke mit falschen Nachrichten zu überfluten und die Computer westlicher Institutionen zu hacken.

Der CIA, der NSA und dem FBI zufolge – und Gott weiss, dass diese noblen Einrichtungen nur die Wahrheit sagen können – hat Wladimir Putin so die amerikanischen Wahlen zugunsten seines Favoriten beeinflusst und natürlich die Champagnerkorken knallen lassen. In einer Übertragung von Arte war zu sehen, wie der grosse (scheidende) Boss der US-Nachrichtendienste, James Clapper, erklärte: «Die Russen haben eine langjährige Erfahrung in der Beeinflussung von Wahlen, ob es sich nun um ihre eigenen Wahlen oder die der Anderen handelt.»

Unfreiwilliger Humor?

**Und schon heisst es, der Herr des Kremls bereite sich auch schon darauf vor, sich um die niederländischen, französischen und dann die deutschen Wähler zu kümmern, die 2017 zur Urne schreiten.** Damit auch sie alle für anti-europäische – oder als solche bekannte – Gruppierungen stimmen.

**Denn ohne solche dunklen Manöver würden die Bürger natürlich begeistert eine Europäische Union befürworten, die zunehmend beliebter und legitimer wird ...**

Noch ein Gläschen Champus, Wladimir Wladimirowitsch?

Quelle: <https://de.sott.net/article/27869-Trump-und-Putin-lauten-das-Ende-unserer-Macht-ein-Westliche-Eliten-verfallen-in-kopflose-Panik>

## Trump wiederholt Hoffnung auf «phantastisches Verhältnis» zu Russland

*Sputnik; Sa, 28 Jan 2017 10:24 UTC*

US-Präsident Donald Trump hat auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit der britischen Premierministerin Theresa May am Freitag in Washington wiederholt, dass er auf gute Beziehungen zum russischen Präsidenten und einen gemeinsamen Anti-Terror-Kampf hofft. Dies teilt am Samstag die Agentur RIA Novosti mit.



© AFP 2016/ JEFF KOWALSKY



«Ich hoffe, dass wir phantastische Beziehungen haben werden», sagte Trump. «Das ist möglich. Möglich ist auch, dass es dies nicht geben wird. Schauen wir, was kommt. Ich werde das amerikanische Volk felsenfest und sehr stark vertreten», betonte er.

«Wenn wir ausgezeichnete Beziehungen zu Russland und anderen Staaten haben, wenn wir gemeinsam den IS verfolgen, den man stoppen muss, denn er ist ein Übel, dem Einhalt geboten werden muss – dann ist das gut und nicht schlecht. Wie sich die Beziehungen entwickeln, werde ich Ihnen später sagen können», ergänzte Trump.

Im bevorstehenden Telefonat mit Russlands Präsident Wladimir Putin die Aufhebung der Russland-Sanktionen anzusprechen, ist ihm zufolge verfrüht. «Soviel ich weiss, ist der Anruf geplant, schauen wir, was dabei herauskommt. Was die Sanktionen betrifft, so ist es zu früh, darüber zu sprechen. Doch wir hoffen, im Idealfall gute Beziehungen zu allen Ländern zu haben», so der US-Präsident. «Es gibt keine Garantien, aber wenn wir das erzielen können, wird es positiv sein», meinte er.

May erklärte auf der Pressekonferenz ihrerseits, Grossbritannien werde in der EU darauf bestehen, die Sanktionen gegen Russland bis zur vollen Umsetzung der Minsker Vereinbarungen aufrechtzuerhalten. Dazu wolle sie auch die europäischen Partner aufrufen.

In früheren Meldungen hiess es, Trump wolle am 28. Januar mit Putin, aber ebenso mit der deutschen Kanzlerin Angela Merkel und dem französischen Staatschef François Hollande telefonieren. Im Kreml wurde bestätigt, dass am 28. Januar ein Telefongespräch der Präsidenten Russlands und der USA geplant sei.

Putin und Trump hatten bereits am 14. November 2016 miteinander telefoniert. Laut Medienberichten ging es dabei um die bilateralen Beziehungen und um die Vereinigung der Bemühungen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und Extremismus. Putin und Trump erklärten damals, ihre telefonischen Kontakte fortsetzen und sich in der Perspektive treffen zu wollen.

Trump hatte sich wiederholt für die Normalisierung der Beziehungen zwischen Washington und Moskau ausgesprochen, darunter auch für den gemeinsamen Kampf gegen die Terrormiliz «Islamischer Staat» (IS, Daesh; Anm. Islamistischer Staat).

In Russland steht der IS auf der Liste terroristischer Organisationen, die Teilnahme an seiner Tätigkeit wird strafrechtlich geahndet.

Quelle: <https://de.sott.net/article/27930-Trump-wiederholt-Hoffnung-auf-„phantastisches-Verhältnis“-zu-Russland>

### Willy Wimmer:

#### «Der Krieg spricht Englisch und Französisch» und ist «das oberste Ziel»

Von Gastautor Willy Wimmer; 29. January 2017 Aktualisiert: 30. Januar 2017 7:38

«Wenn alles das, was Frau Premierministerin May in den USA gesagt hat, zusammen bewertet wird, dann geht es der angelsächsischen Welt derzeit darum, weniger ihre Wertvorstellungen auf Dauer aufrecht zu erhalten. Vielmehr soll das Arsenal an Kriegsoptionen funktionsfähig gehalten werden, damit man seine Vorstellungen dem staunenden Globus aufzwingen kann ...», schreibt CDU-Urgestein Willy Wimmer. .



US-Präsident Donald Trump und die britische Premierministerin Theresa May am 27. Januar 2017 im Weissen Haus. Foto: Getty Images

Man konnte sich beim Besuch der britischen Premierministerin so richtig an «Rot» satt sehen. Kostüme können den Charakter von Leuchtfeuern annehmen. Es stand aber auch jedem, der ihre Statements vor den Frontleuten

der amerikanischen Republikanischen Partei hörte oder sie bei der Pressekonferenz mit Präsident Trump verfolgte, frei, so richtig ‹rot› zu sehen.

Wenn alles das, was Frau Premierministerin May in den USA gesagt hat, zusammen bewertet wird, dann geht es der angelsächsischen Welt derzeit weniger darum, ihre Wertvorstellungen auf Dauer aufrecht zu erhalten. Vielmehr soll das Arsenal an Kriegsoptionen funktionsfähig gehalten werden, damit man seine Vorstellungen dem staunenden Globus aufzwingen kann. Natürlich wird das dann als ‹Wertvorstellungen› deklariert, auf die die Beglückten allerdings keinen Einfluss hatten und haben werden.

### Krieg ist das oberste Ziel

Irgendwie kann es niemand mehr hören. Da stellt sich die britische Premierministerin in ihrer unnachahmlichen Art nach dem Gespräch mit Präsident Trump bei der Pressekonferenz ans Mikrofon und redet der Rüstungsindustrie das Wort. Als ob die Welt nichts Besseres zu tun haben würde. Ist das die Priorität für eine Menschheit, die nach Ende des Kalten Krieges im Elend der vom Westen und auch den Briten angezettelten Kriege wieder einmal Blut hat lassen müssen.

Sicher, die Regierungen des Westens haben eine einstmals freie Presse zu der optimalen Waffe für jedes neue Kriegsabenteuer gemacht. Diese Waffe soll jetzt durch Zensur und Einschüchterung noch effektiver gemacht werden. Glaubt Frau May allen Ernstes, dass dies der im November 1990 in Paris feierlich verabschiedeten Charta über den so innig ersehnten Frieden in Europa und darüber hinaus entspricht?

In ihren amerikanischen Reden erweckte Frau May den Eindruck, dass es ihr in Europa in erster Linie darum geht, Russland als Faktor so auf Armeslänge aus Europa rauszuhalten, dass es nur ja nicht zu einer von vielen Europäern ersehnten oder als nützlich betrachteten Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation kommt. London beherbergt nicht nur die ‹City› als Supermacht, die sich ein Land mit dem Namen Grossbritannien hält. London ist auch die Clearing-Stelle für den Abgleich innerussischer Interessen.

Wer die Augen in der Zeit nach Ende des Kalten Krieges aufgesperrt hatte, konnte an der speziellen Funktion Londons für russische Oligarchen, mit und ohne Kreml-Siegel, alte und neue russische Macht nicht übersehen. Donnert Frau May nur aus dem einen Grund gegen eine dringend gebotene Zusammenarbeit in Europa mit einem Nachbarvolk, weil eine Zusammenarbeit von Washington und Brüssel mit Moskau die Sonderstellung Londons auf diesem Gebiet gefährden wird? Sie kann sicher sein, dass gerade der US-Präsident den für sein Land richtigen Deal mit Moskau machen wird.

Da mag man auch in Brüssel oder Berlin davon faseln, in eine imaginäre Lücke stossen zu wollen, die der Super-Strategie Öttinger im Falle der USA ausgemacht haben will. Präsident Trump, der die Welt in einem atemberaubenden Tempo umkrepelt, wird dazu Fakten geschaffen haben, bevor in Berlin oder Brüssel die ersten Gedanken zu Papier gebracht worden sein werden. Wie realistisch die USA in Brüssel/Berlin derzeit eingeschätzt worden sind, haben alle vor wenigen Wochen in der desaströsen Fehleinschätzung der amerikanischen Wahlen gesehen.

Präsident Trump war in der Pressekonferenz mit Premierministerin May feinfühlig genug, immer wieder auf seine schottische Teil-Abstammung aufmerksam zu machen. Frau May wurde liebenswürdig auf ihre Hausaufgaben hingewiesen und ihre Kriegs- und Konflikt-Rhetorik in die Ecke gestellt. Kann es sein, dass Frau May auch neben Herrn Präsidenten Trump von ‹gestern› ist, was die neuen Schwerpunkte der Vereinigten Staaten und vielleicht demnächst auch des Präsidenten Putin anbelangt? Von Berlin und Frau Dr. Merkel schweigt man als ‹Statthalterin Obamas auf Erden› gleich mit.

### Gegengipfel Merkel/Hollande zu Trump/May

Alle Welt wartete gespannt auf das Treffen in Washington. Da wäre es sowohl für die Bundeskanzlerin als auch den französischen Präsidenten sinnvoller gewesen, CNN oder BBC einzuschalten. France24 geht auch noch, aber deutsche Sender verbleiben auf Provinz-Niveau. Aber nein, man wollte unter allen Umständen unter Beweis stellen, wie schnell ein Treffen in Berlin vergessen wird. Dabei sollten wir genau hinsehen, wenn ein französischer Präsident hier auftaucht. Warum wird betont, dass Frau Dr. Merkel an der Seite Frankreichs steht, wenn Frankreich angegriffen wird?

Warum geht die Bundeskanzlerin nicht hin und dringt auf eine Änderung der französischen Kriegseigenschaft. Von Syrien bis Mali gibt es doch jeden Grund der Welt, unserem französischen Lieblingspartner dringend nahe-zulegen, mit seinen Endlos-Kriegen Schluss zu machen oder für diese Abenteuer keine deutschen Soldaten mehr zur Verfügung zu stellen. Es ist doch was faul im Westen. Warum wollen unsere Partner für die Kriege, die nicht unsere Kriege sind, unter den fadenscheinigsten Gründen unsere Soldaten für ihre Zwecke?

In der Öffentlichkeit wird darauf aufmerksam gemacht, dass wir heute mit unseren Soldaten in mehr Ländern präsent sind als zu früheren Zeiten. Für die «Bekämpfung der Fluchtursachen und Folgen der Kriege» hat Deutschland im letzten Jahr neben den Milliarden für den Bundeswehr-Einsatz gut 22 Milliarden aufwenden können. Die Wähler in Deutschland werden gerade dazu in diesem Jahr ihre höchstpersönliche Rechnung ausstellen. Man darf gespannt sein. Auch dazu, ob die Fremdbestimmung für Deutschland in der Kriegsfrage über Wahlen endlich durchbrochen werden kann. NATO und EU nur, wenn Deutschland an Kriegen teilnimmt, die andere nach Nürnberg gebracht hatten. Als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges sollte der Krieg über die Charta der Vereinten Nationen geächtet werden. Der Westen machte ihn zur Dauerbeschäftigung, und damit muss Schluss sein.

Lässt Präsident Trump hoffen?

*Dieser Beitrag stellt ausschliesslich die Meinung des Verfassers dar. Er muss nicht zwangsläufig die Meinung des Verlags oder die Meinung anderer Autoren dieser Seiten wiedergeben.*

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/welt/willy-wimmer-der-krieg-spricht-englisch-und-franzoesisch-und-ist-das-oberste-ziel-a2036340.html>

## «Trump und Putin müssen Atomkrieg gemeinsam ächten», mahnt Gorbatschow

*Von Rosemarie Frühauf 29. Januar 2017 Aktualisiert: 30. Januar 2017 7:31*

Donald Trump und Wladimir Putin sollten dringend ein «Niemals Atomkrieg»-Bekenntnis abgeben. Das fordert Michail Gorbatschow, der letzte Staatschef der Sowjetunion. Er fürchtet um die Zukunft der Welt, sollten Wettrüsten und Kriegsrhetorik so weitergehen, wie bisher.



*Michail Gorbatschow hofft, dass Putin und Trump die internationale Ächtung von Atomkrieg auf den Weg bringen.*

*Foto: ODD ANDERSEN/AFP/Getty Images*

Das Time-Magazin hat einen Gastbeitrag von Michail Gorbatschow veröffentlicht. Der letzte Staatschef der Sowjetunion warnt darin vor einem nuklearen Krieg, nach dem momentan alles aussehe.

Die «Militarisierung der Politik und das neue Wettrüsten» seien die Hauptprobleme der Welt, schreibt Gorbatschow. «Stopp und Umkehr dieses ruinösen Wettrennens muss unsere oberste Priorität sein.»

Der 85-jährige Friedensnobelpreisträger nennt die aktuelle Situation «zu gefährlich». Dass immer «mehr Truppen, Panzer und Panzerfahrzeuge nach Europa gebracht werden», bereitet ihm Sorge. Waffen, die einst in der Ferne aufgestellt waren, würden nun zueinander gebracht, als wolle man aus nächster Nähe schießen.

### Gorbatschow mahnt:

«Während Staatshaushalte kämpfen, um die grundlegenden sozialen Bedürfnisse der Menschen zu finanzieren, wachsen die Militärausgaben. Für anspruchsvolle Waffen, die in ihrer Zerstörungskraft Massenvernichtungswaffen gleichen, ist das Geld dagegen leicht zu finden; für U-Boote, die mit einer einzigen Salve einen halben Kontinent verwüsten können; für Raketenabwehrsysteme, welche die strategische Stabilität untergraben.»

Nicht nur Politiker und Militärführer klingen zunehmend kämpferischer – auch die Verteidigungsdoktrinen klingen immer gefährlicher. Hinzukäme die Berichterstattung der Medien: «Es sieht alles danach aus, als ob sich die Welt auf Krieg vorbereitet», so Gorbatschow.

Er erinnerte an den Atomwaffensperrvertrag, der in den 1980er Jahren von Russland mit den USA geschlossen wurde. Mittlerweile seien dadurch 80% der in den Jahren des Kalten Krieges angesammelten Atomwaffen stillgelegt und zerstört worden.

«Niemandes Sicherheit wurde verringert, und das Risiko eines durch technisches Versagen oder Unfall ausgelösten Atomkrieges wurde verkleinert», so Gorbatschow.

Dies sei nur möglich geworden, weil den Führern der grossen Atommächte vor allem eines bewusst war: Dass Atomkrieg unakzeptabel ist.

### «Atomkrieg ist unakzeptabel»

«Im November 1985, auf ihrem ersten Gipfel in Genf, erklärten die Führer der Sowjetunion und der USA: Atomkrieg kann nicht gewonnen werden und darf niemals geführt werden. Unsere beiden Nationen werden keine militärische Überlegenheit suchen. Diese Aussage wurde weltweit mit einem Seufzer der Erleichterung begrüsst.»

«Ich erinnere mich an ein Politbüro-Treffen im Jahr 1986, bei dem die Verteidigungsdoktrin diskutiert wurde. Der vorgeschlagene Entwurf enthielt folgende Rhetorik: «Reagieren Sie auf Angriff mit allen verfügbaren Mitteln.» Diese Formulierung sei zurückgewiesen worden: «Alle waren sich einig, dass Atomwaffen nur einem Zweck dienen dürfen: Krieg zu verhindern. Und dass das ultimative Ziel eine atomwaffenfreie Welt sein sollte.»

### «Militärisch-industrieller Komplex reibt sich die Hände»

Nukleare Bedrohung schein heutzutage wieder real zu sein, da «die Beziehungen zwischen den Grossmächten» sich seit einigen Jahren von schlecht zu schlimmer entwickelt hätten. «Die Aufrüstungs-Befürworter und der militärisch-industrielle Komplex reiben sich die Hände», so Gorbatschow.

Er fordert: «Wir müssen aus dieser Situation ausbrechen. Wir müssen einen politischen Dialog fortsetzen, der gemeinsame Entscheidungen und gemeinsame Aktionen anstrebt.»

Bekämpfung von Terrorismus sei in der Tat «eine wichtige und dringende Aufgabe. Doch als Basis für eine normale Beziehung und schliessliche Partnerschaft reicht das noch nicht», meint er.

«Der Fokus sollte wieder auf Kriegsprävention liegen», so Gorbatschow – auf einem Ende des Wettrüstens und dem Reduzieren von Waffenarsenalen. «Das Ziel sollte eine Übereinkunft sein, die sich nicht nur auf Kernwaffen und Obergrenzen bezieht, sondern auch auf Raketenabwehr und strategische Stabilität.»

### «Krieg löst keines der globalen Probleme»

«In der modernen Welt müssen Kriege geächtet werden, denn keines der globalen Probleme, denen wir gegenüberstehen, kann durch Krieg gelöst werden – weder Armut noch Umwelt, Migration, Bevölkerungswachstum oder Ressourcenknappheit.»

Gorbatschow fordert deshalb die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates – welche die Hauptverantwortung für Weltfrieden und internationale Sicherheit tragen – dazu auf, den ersten Schritt zu gehen:

«Konkret schlage ich vor, dass ein Sicherheitsrat auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs eine Resolution verabschiedet, die besagt, dass Atomkrieg unakzeptabel ist und niemals geführt werden darf. Ich denke, die Initiative zur Verabschiedung einer solchen Resolution sollte von Donald Trump und Wladimir Putin kommen – den Präsidenten der zwei Nationen, die über 90% der weltweiten Nukleararsenale verfügen und deshalb eine besondere Verantwortung tragen.»

### Menschenrecht auf Freiheit von Angst

Gorbatschow zitierte noch US-Präsident Franklin D. Roosevelt. Dieser hatte einmal gesagt, dass eine der Grundfreiheiten die Freiheit von Angst sei. «Heute wird die Last der Angst und der Stress, sie zu ertragen, von Millionen von Menschen empfunden – und der Hauptgrund dafür sind Militarismus, bewaffnete Konflikte, das Wett-rüsten und das nukleare Damoklesschwert.»

Die Welt von dieser Angst zu befreien würde bedeuten, die Menschen freier zu machen, meint Gorbatschow.

«Dies sollte ein gemeinsames Ziel werden. Viele andere Probleme wären dann leichter zu lösen.»

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/welt/gorbatschow-mahnt-trump-und-putin-muessen-atomkrieg-gemeinsam-aech-ten-a2036135.html>



## Kein Ende der Flüchtlingskrise: BAMF rüstet sich für Ansturm von ›Klimaflüchtlingen‹ aus Afrika

*Von Nancy McDonnell Aktualisiert: 24. Januar 2017 18:30*

Wer Innovation oder gar Entspannung in der Asylkrise erwartet hat, wird dieses Jahr eher enttäuscht werden. Auch wenn vor den Wahlen das Thema heruntergespielt wird, stehen in Afrika bereits Millionen von Menschen aus Dürregebieten und politisch komplizierten Ländern an der Schwelle zu Europa.

Die neue Präsidentin des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf), Jutta Cordt, muss ihre Behörde schnellstens fit machen, denn Flüchtlingsströme aus Afrika warten bereits an der Schwelle zu Europa.

Derzeit liegen 430 000 Asylverfahren beim Bamf, Jutta Cordt will sie bis zum Ende des Frühjahrs aufgearbeitet haben. Und das muss sie auch, denn der Strom wird nicht abreißen. Dieses Jahr werden die Klimaflüchtlinge kommen, und sie kommen vor allem aus Afrika – Dürren, Naturkatastrophen, korrupte Regierungen und regionale Terrorgruppen sind der Grund. Allein am westafrikanischen Tschadsee warten 2,7 Millionen auf ihre Überfahrt nach Europa – nach Deutschland.

Die Neue im Bamf steht vor einer grossen Herausforderung, sei aber vorbereitet und mit einem engagierten Team ausgestattet. In einem Interview mit ›Focus‹ steht sie mit ihrem Optimismus Kanzlerin Angela Merkel in nichts nach: «Wir müssen das schaffen. Das ist alternativlos», sagt die 53-jährige Juristin. Sie will eine atmende Behörde aufbauen und dabei Helfer aktivieren, «die in ruhigen Zeiten in ihre angestammte Behörde zurückgegangen sind.»

### Keine Obergrenze

Eine Obergrenze werde es nicht geben, so Cordt, «jeder, der bei uns einen Antrag auf Asyl stellt, hat ein Recht darauf, dass wir sein Schutzersuchen prüfen.» Wer also Innovation zum Thema erhoffte, wird im Interview schnell enttäuscht.

Dass zukünftig mit Klimaflüchtlingen zu rechnen sei, das kommt nicht überraschend. ›Metropolico‹ analysiert dabei, dass «man in der harten Phase des Wahlkampfes die Wähler nicht mit der Meldung verschrecken will, dass sich der Trend der ungezügelter Immigration nicht nur weiterhin auf hohem Niveau befindet, sondern sich in naher Zukunft noch massiv verstärken wird.»

Nicht zu vergessen sei hierbei der Familiennachzug von Flüchtlingen aus dem Nahen Osten, der sich bereits verdreifacht hat. Wie ›Epoch Times‹ berichtete, werden dadurch bald wesentlich mehr Menschen kommen, als über Asylverfahren. Vor allem Syrer und Iraker werden davon profitieren.

Es ist also noch lange nicht vorbei, auch wenn sich laut Bundesregierung die Lage entspannt hat. «Statt dessen wird der bisherige, verantwortungslose Weg unbeirrt weitergegangen, so man die politischen Verantwortlichen denn lässt», schreibt ›Metropolico‹.

Und weiter: Zur Aussage, dass jeder, der in Deutschland das Wort Asyl ausspricht, auch ein wie immer geartetes Recht erwirbt, damit signalisiert die merkeltreue Cordt ein strammes ›Weiter so‹. Ab 2018 werden wir neben unserer Pflicht, die halbe muslimische Welt aufnehmen zu müssen, dann noch unsere Schuld ob des menschengemachten Klimawandels durch die Rundumversorgung von ›Klimaflüchtlingen‹ aus Zentralafrika abtragen können.

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/welt/kein-ende-der-fluechtlingskrise-bamf-ruestet-sich-fuer-ansturm-von-klimafluechtlingen-aus-afrika-a2031928.html>

## Dann zu vorgehendem Flüchtlingsartikel noch dies, aus dem 669. offiziellen Kontaktgespräch vom 1.1.2017

**Ptaah** ... Vorher, denke ich, wirst du aber sicher den neuesten Stand der Erdbevölkerung wissen wollen, den wir letzte Nacht exakt um Mitternacht ermittelt haben?

**Billy** Natürlich, denn das ist von Bedeutung. Gleichermassen gilt das aber auch für die exakte Anzahl der Scheinflüchtlinge, die durch die Flüchtlingswillkommenskultur der bewusstseinsgestörten deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel in Europa eingewandert resp. eingeschlichen sind.

**Ptaah** Auch diese Daten kann ich dir nennen, weil wir unsere diesbezüglichen Registrierungen ebenfalls für das Jahr 2016 um Mitternacht beendet haben. Dann höre also: Die Überbevölkerung der irdischen Mensch-

heit ist um rund 104 Millionen, 995 tausend Personen auf die Anzahl von exakt 8 739 001 024 Menschen angestiegen. Dazu ist aber leider zu sagen, dass die Erdbevölkerung irrig durch eine mathematische Formel berechnet und regelmässig mit falschen Schätzungen von verschiedenen Behörden abgeglichen wird. Dabei wird fälschlicherweise behauptet, dass die Weltbevölkerung pro Sekunde um ca. 2,5 Menschen zunehme, was bedeute, dass 2,5 Menschen mehr geboren als sterben würden. Dieses resp. die Berechnung der «Deutschen Stiftung Weltbevölkerung» ist jedoch äusserst fehlerhaft, denn sie zählt viel weniger Geburten auf, als in Wirklichkeit stattfinden, folgedem bis zur heutigen Zeit rund 1 Milliarde und 350 Millionen Erdenmenschen mehr auf dem Planeten leben, als durch das «mathematische Formelsystem» und die Weltbevölkerungsuhr angegeben wird. Das wiederum wird dazu benutzt, die Behauptung aufzustellen, dass jedes Jahr weniger Geburten zu verzeichnen seien, was jedoch nicht der Wahrheit entspricht, weil das Gegenteil der Fall ist.

**Billy** Gewaltig, danke für die Angabe, und dass die Wahrheit natürlich bestritten wird und völlig falsche Angaben gemacht werden, das ist typisch für die in dieser Hinsicht verantwortlichen Erdlinge, zu denen aber auch jene verlogenen Elemente gehören, die dahärlügen, dass auf der Erde in jeder Beziehung alles nicht schlimmer, sondern besser werde. Und dies nur darum, weil neuerdings in den Medien vermehrt Nachrichten von guten und fortschrittlichen Dingen berichtet werden, wie z.B. davon, dass mancherorts der Analphabetismus nachlasse und dass mehr Erdlinge bessere Lebensmöglichkeiten hätten usw. Was aber im Hintergrund wirklich viel mehr und in steigendem Masse an Bösem, Schlechtem, Üblem und Menschenunwürdigem geschieht und existiert, das wird mit guten und positiven Dingen und Nachrichten zu verheimlichen und zu verstecken versucht. Also wird in dieser Art und Weise versucht, die Menschen der Erde noch mehr als blöd und doof zu verkaufen und sie erst recht betrügerisch hinters Licht zu führen, als dies sonst schon seit jeher getan wird, seit die Medien nur noch auf Sensationen aus sind, die Wahrheit der Wirklichkeit lügenhaft verdrehen, verfälschen und die Leser- und Zuhörerschaft mit Lug und Betrug zum Narren halten.

**Ptaah** Was leider nicht zu bestreiten und auch nicht zu ändern ist, weil die Medien damit ihr Geld verdienen.

**Billy** Ja, und auch politisch und religiös angehaucht und engagiert sind, folglich sie sich wider alle Vernunft und Wahrheit danach ausrichten, eben nach jeder miserablen Politikführung und ihrem Gotteswahn glauben. Doch etwas anderes: Weisst du, wie hoch sich die Zahl der in ganz Europa – auch die Schweiz einbezogen – eingeschlichenen kleinen und grossen Kriminellen aller Art, wie auch der Verbrecher gegen Leib und Leben – wie Mörder –, beläuft, und wie viele Angehörige des «Islamisten-Staates» es sind, die darauf warten, Attentate durchführen zu können und die auch neue Willige für den IS infiltrieren und anwerben, wie aber auch Frauen- und Mädchen-Vergewaltiger sowie Sozial-Fürsorge-Betrüger und dergleichen? Habt ihr vielleicht Prozentangaben darüber, wie viele Straftaten gesamthaft und wie viele Gewaltverbrechen in Europa und Deutschland infolge der merkelschen «Willkommenskultur» im Jahr 2016 durch Asylanten, Scheinasylanten, Flüchtlinge, Wirtschaftsflüchtlinge und eingeschleuste Terroristen usw. begangen wurden?

**Ptaah** In bezug auf die Kriminellen und Gewaltverbrecher, die sich in alle Staaten Europas eingeschlichen haben, weisen unsere Registrierungen für das ganze Jahr 2016 eine Gesamtanzahl von 131 476 Personen auf, die jedoch tatsächlich über alle Staaten Europas verteilt sind, wovon auch die Schweiz betroffen ist. Diese Zahl bezieht sich hauptsächlich auf legale und illegale kriminelle Einwanderer aus diversen afrikanischen, arabischen und asiatischen, wie auch aus süd- und osteuropäischen Ländern, wobei von uns allein in Deutschland 102 108 registriert wurden und in der Schweiz deren 916. Die restliche Anzahl ist auf alle Staaten der EU-Diktatur verteilt. Sonstige Scheinflüchtlinge, wie Wirtschaftsflüchtlinge und derartige, die nur um eine finanzielle Hilfe nachsuchen wollen, sind in unseren Registrierungen nicht enthalten, denn wenn sie weder kriminell noch gewaltverbrecherisch sind, dann sind sie in bezug darauf für unsere Abklärungen nicht von Bedeutung. Und was deine Frage bezüglich prozentualen Berechnungen betrifft, so sind solche Berechnungen äusserst wankend, weil sie je nach Kriminalität oder Verbrechen zu spezifizieren sind, was für uns aber nicht von Bedeutung ist, folgedem ich dir diesbezüglich auch keine Angaben machen kann. Nur ein Teil des Gros aller Flüchtlinge entspricht effektiven Flüchtlingen, die in den europäischen Ländern für ihr Leben Schutz suchen und vor Kriegshandlungen in ihren Heimatländern flüchten.

**Billy** Nichtsdestotrotz wurde durch die irre deutsche Bundeskanzlerin hervorgerufene Flüchtlingskultur der eigentliche Grundstein der Flüchtlingsströme nach Europa gesetzt. Zwar sind ja gemäss deinen Angaben

weltweit bereits mehr als 70 Millionen Menschen als Flüchtlinge unterwegs, weshalb die rund 1,6 Millionen, die 2016 nach Europa gekommen sind oder sich illegal eingeschlichen haben, nur ein kleiner Prozentsatz dagegen sind. Wenn aber beachtet wird, dass in den folgenden zwei Jahrhunderten – wie die Prophetien ausführen – nicht nur durch Kriege und Terrorismus, sondern auch infolge der Klima- und Umweltzerstörung und durch die daraus hervorgehende Nahrungs- und Wasserknappheit die irdisch-menschliche Überbevölkerung zwischen 250–350 Millionen Menschen als Flüchtlinge hervorbringen wird, dann gehen die Erde, deren menschliche Überbevölkerung, wie auch die Natur und deren Fauna und Flora sehr üblen Zeiten entgegen. Was ich aber noch sagen will bezüglich der in Europa legal oder illegal eingeschlichenen Kriminellen und Gewaltverbrecher usw., so werden diese von Falschhumanisten, und zwar besonders in der Schweiz und in Deutschland, noch in den Himmel gehoben und alles dazu getan, dass sie vor dem Gesetz für ihre Straftaten und Verbrechen geschützt werden sollen. Dies wird ganz besonders jetzt der Fall sein, da überall, besonders in der Schweiz und Deutschland, wie auch sonst in Europa, über die Zeit der Weihnachts- und Neujahrsfeiertage, die Polizei und sonstige Beamte und Sicherheitsorgane strenge Kontrollen durchführten, Verhaftungen vorgenommen und die Bevölkerungen vor den mörderischen Terroristen und vor Vergewaltigern geschützt und vor Schaden bewahrt haben. Unverbesserliche krankhaft verweichlichte, intelligenzschwache und bohnenstrohdumme Falschhumanisten, die ganz speziell aus linken politischen Lagern kommen, oder die sonstwie in ihrer Verweichlichung und Lebensunfähigkeit ohne den Schutz der Polizei, der Beamten und sonstigen Sicherheitskräfte nicht existieren könnten, stehen dabei im Vordergrund, um die Schutzbeamten und die Schutzmassnahmen sowie das Schutzdurchgreifen zu beanstanden. Und wenn diese idiotischen und krankhaft Dummen und Intelligenzlosen selbst durch Kriminelle oder Gewaltverbrecher Schaden erleiden, dann sind sie die Allerersten, die nach unterlassener Sicherheitsleistung der Sicherheitskräfte, Beamten und Polizei Zeter und Mordio schreien. ...

## Stimmen der Vernunft: Deutsche Professoren stellen Lügen der Mainstream-Medien zum Syrien-Krieg bloss

*Sputniknews; Fr, 27 Jan 2017 13:26 UTC*



© Sputnik/ Dmitriy Vinogradov

*Syrische Bürger und Soldaten hissen Banner zu Ehren von Putin und Assad*

*Eine Gruppe deutscher Professoren ist in einer gemeinsamen Erklärung der westlichen Mainstream-Meinung zur Rolle Russlands und des Iran im Syrien-Konflikt entgegengetreten und auf die Ursprünge des seit Jahren andauernden Konfliktes eingegangen.*

Die Verfasser, die im wissenschaftlichen Beirat von «Attac Deutschland» sitzen, stellen in ihrer «Erklärung zum Syrien-Krieg» fest, dass **Russland und der Iran «zunächst alle Möglichkeiten für eine diplomatische und friedliche Lösung des Konfliktes ausgeschöpft»** und erst dann **militärisch eingegriffen hätten**. Attac ist ein globalisierungskritisches Netzwerk, das sich nach eigenen Angaben «für eine sozial und ökologisch gestaltete Globalisierung» einsetzt.

### Sturz Assads seit 2001 auf dem Plan

Die Unterzeichner erinnern daran, dass die US-Regierung – nach Aussagen des ehemaligen Nato-Oberkommandeurs Wesley Clark sich bereits unmittelbar nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 vorgenommen habe, in sieben Ländern die Regimes zu wechseln, darunter auch in Syrien.

Seit 2005 seien die Rahmenbedingungen dafür geschaffen worden. Dazu gehörten «zahllose mediale Propagandaaktionen gegen das Assad-Regime», und die «Finanzierung und Ausbildung einer Armee von Dschihadisten»,

die in der westlichen Berichterstattung jedoch «unter dem verharmlosenden Label ‹gemässigte Opposition› firmierte.»

«Dabei gehörten die weitaus stärksten militärischen Kräfte dieser Opposition dem Al-Kaida-Netzwerk und der radikal-islamischen al-Nusra-Front an, die zuvor von den USA selbst als ‹Terror-Organisationen› eingestuft worden waren.» Gerade diese Truppen sollten, so die Erklärung, für den Sturz der Regierungen in Damaskus und Teheran eingesetzt werden.

Russland habe sich in den Syrienkonflikt zunächst nicht eingemischt, «solange dieser Konflikt noch als ein rein innenpolitischer Konflikt angesehen werden musste.»

Russland sei erst dann aktiv auf der Seite der syrischen Regierung eingetreten, als es der Terrormiliz Daesh (auch Islamischer Staat, IS, Anm. Islamistischer Staat) gelungen sei, «mit den Mitteln des Terrors und mit militärischer und logistischer Unterstützung durch die Geheimdienste der USA, Saudi-Arabiens und der Türkei im Norden des Irak weite Gebiete mit der Metropole Mossul unter ihre Gewalt zu bringen.»

### Sarin-Angriff und C-Waffen-Abrüstung

Barack Obamas überraschende Entscheidung vom August 2013, den Militärschlag auf Syrien aufzuschieben, erklären die Unterzeichner mit dem Einsehen, dass der Giftgas-Angriff in Ghuta bei Damaskus, der Hunderte von Menschen getötet hat und auf den Obama zuerst mit einem gezielten militärischen Schlag gegen das Assad-Regime antworten wollte, nicht diesem letzteren zugeschrieben werden konnte. Denn die Chemieproben aus Ghuta hätten bereits nachgewiesen, dass «das Sarin nicht aus den Arsenalen des syrischen Militärs stammte.» Daraufhin habe Obama den Plan B gewählt: Kein Bombenangriff, wenn Assad der Vernichtung all seiner chemischen Waffen unter Aufsicht der Uno zustimmen würde.

«Es war schliesslich Russland und kein anderer Staat, das mit diplomatischem Geschick diesen Kurswechsel dazu nutzte, dass sämtliche Chemiewaffen Syriens unter Mitwirkung der USA und der Kontrolle der UN vernichtet wurden», so die Erklärung. Doch diese friedenspolitische Leistung Russlands sei von den Regierungen und Medien des Westens mit keinem Wort gewürdigt worden.

### «Assad kann überhaupt nicht zurücktreten»

Russland und der Iran hätten sich grosse Mühe gegeben, um den Syrienkrieg diplomatisch und auf dem Verhandlungsweg zu beenden, schreiben die Verfasser der Erklärung und erinnern an die vielen Vorschläge für mehrtägige Waffenruhen in Aleppo, die jedoch von den Rebellen für ihre weitere Aufrüstung missbraucht worden sei.

Sie kritisieren, dass die westlichen Staaten und vor allem die bewaffneten Rebellen jegliche Verhandlungen mit Assad ablehnten und seinen Sturz zur Vorbedingung für Verhandlungen machten.

«Dabei müsste es jedem Politiker mit Weitsicht und Verstand sonnenklar gewesen sein, dass Assad überhaupt nicht zurücktreten kann, selbst wenn er wollte.»

Denn: «Assad repräsentiert sämtliche religiösen Volksgruppen und Minderheiten, insbesondere Aleviten, Christen, Yeziden und andere in Syrien, die sein Regime wegen seines erklärten Laizismus unterstützen und von ihm auch erwarteten, nicht einfach das Feld zu räumen und es dem IS zu überlassen mit der sicheren Aussicht einer dann zu erwartenden Massenabschlachtung der religiösen Minderheiten und Aleviten.»

### Gute Bomben, böse Bomben

Des Weiteren gehen die Autoren auf die zivilen Kriegsoffer ein. Auch da gibt es aus ihrer Sicht in den West-Medien eine ‹einseitige antirussische Berichterstattung und Propaganda› und Stillschweigen, wenn Rebellen Verbrechen an Zivilisten begehen.

«Zwar widerstrebt es uns, die Toten beider Seiten gegeneinander aufzurechnen. Doch angesichts der einseitigen antirussischen Berichterstattung und Propaganda in den West-Medien muss daran erinnert werden, dass 40 000 irakische Zivilisten – mindestens viermal so viel wie in Aleppo – seit August 2014 durch die Bomben der US-geführten Koalition starben. Davon allein 15 000 in der Region Mossul», heisst es in der Erklärung. Und weiter: «Seit 1980 haben allein die USA 14 muslimische Länder überfallen, besetzt oder bombardiert. Nicht ein einziges Mal griff in den letzten zwei Jahrhunderten ein muslimisches Land den Westen an.»

Auch bei der Evakuierung der Rebellen durch syrische, iranische und russische Militärs hätten die westlichen Medien immer nur von einer schuldigen Kriegspartei berichtet: Russland und Iran. «Als aber die Rebellen für jedermann ersichtlich acht syrische Busse, die zur Evakuierung der Rebellen und ihrer Familien gekommen waren, in Brand geschossen haben, waren dieselben Medien plötzlich sprachlos.»



### «Fatale Regime-Change-Politik»

Die Verfasser geben sich «ausserordentlich befremdet», dass die West-Medien «die fatale US-amerikanische Politik des Regime Change im Nahen und Mittleren Osten mit keinem Wort erwähnen, geschweige denn kritisieren.»

Die sogenannten gescheiterten Staaten, die den Nährboden für die weitere Ausbreitung des Terrorismus und den Hauptgrund für die anhaltenden Flüchtlingsströme bilden, seien das offenkundige Ergebnis dieser Politik. Zum Schluss zeigen sich die Autoren besorgt über den «neuen Kalten Krieg zwischen dem Westen und Russland, der immer mehr Fahrt aufzunehmen scheint», und rufen «alle gesellschaftlichen Gruppen dazu auf, sich zusammen mit der Friedensbewegung für konflikt- und kriegsvorbeugende Wege in die politischen Auseinandersetzungen einzubringen.»

Quelle: <https://de.sott.net/article/27923-Stimmen-der-Vernunft-Deutsche-Professoren-stellen-Lugen-der-Mainstream-Medien-zum-Syrien-Krieg-bloss>

## 40 Jahre Multikulti in Schweden:

### 300 Prozent mehr Gewaltverbrechen und 1472 Prozent mehr Vergewaltigungen

*Epoch Times 28. Januar 2017 Aktualisiert: 29. Januar 2017 17:20*

Seit 40 Jahren ist Schweden ein Multikulti-Land. Seitdem ist die Verbrechensrate exorbitant in die Höhe geschossen. Das Gatestone-Institut gibt an: «40 Jahre nachdem das schwedische Parlament einstimmig beschloss, das vormals homogene Schweden in ein multikulturelles Land umzuwandeln, haben die Gewaltverbrechen um 300 Prozent und die Vergewaltigungen um 1472 Prozent zugenommen.»

Letztes Wochenende ist in Uppsala eine Schwedin stundenlang von drei Männern mit Migrationshintergrund vergewaltigt worden.

Die Täter übertrugen die Tat live per Webcam in eine geschlossene Facebook-Gruppe. Das Verbrechen war stundenlang live im Internet zu sehen. Entsetzte User alarmierten die Polizei. Erst als diese am Tatort eintraf, endete das Martyrium der Frau und die Liveübertragung des Verbrechens. Die Männer wurden verhaftet.

### «Schweden – Die Vergewaltigungsmetropole des Westens»

Dieser brutale Vorfall war aber nur die Spitze des Eisbergs: Schweden hat tatsächlich schon ziemlich lange ein enormes und weiter wachsendes Vergewaltigungsproblem. Beobachter bringen es mit der dramatischen Zuwanderung aus nicht westlichen Ländern in Verbindung.

In 1975 entschied das Stockholmer Parlament, Schweden solle sich für multikulturelle Zuwanderung öffnen. Im gleichen Jahr wurden 421 Vergewaltigungen angezeigt. 2014 waren es dem Schwedischen Nationalrat für Verbrechensprävention zufolge 6620 Vergewaltigungsfälle, berichtete der «Bayern-Kurier». Dieser Trend änderte sich auch in den Folgejahren nicht.

Nach Angaben des konservativen New Yorker Think Tank «Gatestone Institute» haben «40 Jahre, nachdem das schwedische Parlament einstimmig beschloss, das vormals homogene Schweden in ein multikulturelles Land umzuwandeln, Gewaltverbrechen um 300 Prozent und Vergewaltigungen um 1472 Prozent zugenommen.»

Dies errechnete das Institut in einer Studie mit der Überschrift: «Schweden – Die Vergewaltigungsmetropole des Westens».

US-Kolumnist David Goldman schrieb dazu in der Internetzeitung «Asia Times», trotz der weitverbreiteten Gleichheit und Gleichberechtigung der Geschlechter ist Schweden «für Frauen das gefährlichste Land ausserhalb Afrikas geworden, mit einer Vergewaltigungshäufigkeit, die zehnmal höher liegt als bei seinen europäischen Nachbarn.»

### Gemeinderätin spricht über Entwicklung in Schweden

Nach der Gruppenvergewaltigung in Uppsala sprach die Linzer Gemeinderätin Mia Akerblom über die Zustände in Schweden. Sie ist in dem Land geboren und kennt die Lage genau. Im Gespräch mit der österreichischen Zeitung «Wochenblick» berichtete Akerblom über Schwedens Entwicklung in den letzten Jahrzehnten und über ihre eigenen Erfahrungen. (so)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/europa/40-jahre-multikulti-in-schweden-300-mehr-gewaltverbrechen-und-1472-mehr-vergewaltigungen-a2035485.html?meistgelesen=1>

## Fortgesetzter Verfassungs- und Gesetzesbruch der Regierenden

Veröffentlicht am 27. Januar 2017 von dieter



Gesetzesbrecher

Vom Feinsten! Herbert Ludwig beschreibt in ausdrucksvoller Weise den Verfassungs- und Gesetzesbruch der Regierenden. Bei den Hofberichterstatlern der Regierung werden Sie solche Aufklärungsartikel niemals zu lesen bekommen.

Gesetzesverstöße der Regierenden werden von den Fake-Medien, im Volksmund auch als Lügenpresse erklärt, gerne ausgeblendet, um die Masse nicht unnötig zu beunruhigen, die sich, sobald sie die Wahrheit über dieses korrupte und diktatorische Politsystem erfährt, sich mit Mistgabeln ausrüsten könnte und ...

Der folgende Artikel ist nicht nur lesenswert, sondern auch sehr erhellend und sollte m.E. in jeder Tageszeitung abgedruckt werden. Da dies leider nicht der Fall sein wird, sollte er unbedingt in vielen Blogs Verbreitung finden.

von Herbert Ludwig (fassadenkratzer)

*«Nimm das Recht weg – was ist dann ein Staat  
noch anderes als eine grosse Räuberbande.»  
Augustinus*

Die Bundesregierung stellt sich in der Migrationskrise fortgesetzt über das Recht. Sie hat sich von der fundamental-demokratischen Verfassungsnorm, die alles Handeln der Exekutive an das Gesetz bindet, selbstherrlich gelöst. Dabei wird sie von nahezu allen Parteivertretern im Parlament offen oder duldsam unterstützt. Es gibt keine wirkliche demokratische Kontrolle und kein funktionierendes Korrektiv in diesem staatsstreichähnlichen Geschehen, das von den systemischen Hof-Medien skandierend begleitet wird. Der sonst zum eigenen Nutzen so viel beschworene Rechtsstaat ist von einer geschlossenen Politelite in totalitärer Manier ausser Kraft gesetzt. Zahlreiche renommierte Staats- und Verfassungsrechtler haben eindeutig dazu Stellung genommen.<sup>1</sup> Doch ihre warnenden und anklagenden Stimmen werden nur von wenigen gelesen und von der politischen Klasse ignoriert. Einigen ihrer Argumentationen, die zum Teil auch tieferen gesellschaftlichen Ursachen nachspüren, soll hier mitdenkend nachgegangen werden.

### Moralismus und Universalismus

Die rechtswidrige dauerhafte Öffnung der Grenzen für einen ungehinderten und unkontrollierten Zustrom von Millionen von Migranten und Flüchtlingen aus den Krisen- und Armutsgebieten der Welt wird von der Regierung mit einer «humanitären Verpflichtung» begründet, die sich aus «unseren westlichen Werten», besonders aus dem Grundrecht der Würde des Menschen ergebe. Die Kirchen sekundieren mit Appellen an das Gebot der christlichen Nächstenliebe, und Tausende heissen die Schutz- und Hilfesuchenden aus den fremden Kulturkreisen warm und fröhlich willkommen. Romantisch überhöhte Moral verdrängt das Recht und die Realität des Machbaren. Das von hoher Stelle ausgegebene Mantra «Wir schaffen das» appelliert an den dumpfen Willen einer diffusen Gemeinschaft, die in Illusionen darüber gehalten wird, was denn da überhaupt zu schaffen sei.

*«Abweichendes wird als amoralisch ausgegrenzt. ... Einem realpolitischen Vorschlag quantitativer Grenzen wird die idealisierte Position eines schrankenlosen Asylgrundrechts gegenübergestellt. Das Grundgesetz soll normativer Ausdruck des Willens sein, Deutschland zum sicheren Hafen für Menschen zu machen, die dem fraglos bestehenden, weltweiten Leid entkommen wollen.»<sup>2</sup>*

Die emphatische Dichtung Friedrich Schillers «Alle Menschen werden Brüder», der selbst Realist genug war, dies als seelisch-geistige (Anm. psychisch-bewusstseinsmässige) Haltung zu verstehen, die die fruchtbaren Unterschiede bestehen lässt, wird in die Utopie einer offenen Weltgesellschaft heruntergezogen, in der sich jeder niederlassen können soll, wo er will, ohne dass ihn noch irgendwelche Staatsgrenzen daran hindern dürften, «brüderlich» am eigenen aller anderen teilzunehmen.

*«Diese Forderungen kleiden sich in die Tugend der Toleranz, zielen auf die Inklusion aller Menschen und finden in der Freundlichkeit der Willkommenskultur ihren signifikanten Ausdruck – Höhepunkt der im Ausland eher zwiespältig beobachteten jüngsten deutschen Sondermoral. ... Der «geistig» vorherrschende menschenrechtliche Universalismus sucht ... «ausgrenzende» Unterscheidungen, wenn irgend möglich, zu vermeiden. ... Die obwaltende «Friede, Freude, Eierkuchen»-Mentalität einer saturierten, weithin entpolitisierten und von ihrer moralischen Werteorientierung selbst am meisten begeisterten Wellness- und Spassgesellschaft sucht sich ... unangenehm differenzierenden Entscheidungen und den daraus möglicherweise «hässlichen Bildern» möglichst zu entziehen. Daher fragt man qua Regierungsanweisung gar nicht erst nach der Identität der Flüchtlinge, warum, woher und vor wem sie flüchten. Das geltende Recht wird einfach ausser Kraft gesetzt, um harte Entscheidungen erst gar nicht treffen zu müssen.»<sup>3</sup>*

### Bedeutung der Grenzen

Doch gerade die sich abgrenzenden freiheitlichen demokratischen Staaten sind Garanten von Freiheit, Recht, Wohlstand und relativem Frieden, in denen Flüchtlinge Schutz vor Krieg, Hunger, Verfolgung und Repression suchen.

*«Flüchtlinge überwinden ... nicht nur Grenzen, sie flüchten, wenn sie Schutz vor Verfolgung suchen, gerade auch hinter eine Grenze, weil nämlich nur eine territorial umgrenzte Herrschaft ein realistisches Schutzversprechen abgeben kann. ...*

*Räumliche Grenzziehungen gehören in ausdifferenzierten sozialen Gemeinschaften zu den ganz allgemeinen Grundbedürfnissen, einen territorialen Ordnungsanspruch gegenüber anderen ... Gemeinschaften zu verbinden. ...*

*Menschen suchen innerhalb der deutschen Staatsgrenze den Schutz, den nur eine funktionierende Territorialgewalt anbieten kann. Ohne Territorialität gibt es keine Zuflucht, kein Schutzversprechen, sondern allenfalls ein Weglaufen als fluider Dauerzustand. In einen «failed state» mit unfreiwillig offenen Grenzen flüchtet niemand. Und für diejenigen, die vor Verfolgung fliehen, dürften vorbehaltlos offene Grenzen, über die auch die Peiniger aus dem Herkunftsland unbehelligt nachziehen können, kein ausnahmslos attraktives Freiheitsversprechen sein.»<sup>4</sup>*

Das ist das eine. Dem Moralismus der humanitären Verpflichtung hielt bereits im Januar 2016 der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht Prof. Udo Di Fabio in einem Gutachten für die aber vollmundig-tatenlos bleibende bayerische Landesregierung nüchtern die verfassungsrechtlichen Fakten und staatsrechtlichen Notwendigkeiten vor:

*«Das Grundgesetz garantiert jedem Menschen, der sich auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland befindet und ihrer Herrschaftsgewalt unterworfen ist, eine menschenwürdige Behandlung (Art. 1 Abs. 1 GG). Das Grundgesetz garantiert jedoch nicht den Schutz aller Menschen weltweit durch faktische oder rechtliche Einreiseerlaubnis. Eine solche unbegrenzte Rechtspflicht besteht auch weder europarechtlich noch völkerrechtlich. Entsprechende unbegrenzte Verpflichtungen dürfte der Bund auch nicht eingehen. Eine universell verbürgte und unbegrenzte Schutzpflicht würde die Institution demokratischer Selbstbestimmung und letztlich auch das völkerrechtliche System sprengen, dessen Fähigkeit, den Frieden zu sichern, von territorial abgrenzbaren und handlungsfähigen Staaten abhängt. ... Eine völkerrechtliche Verpflichtung zur unbegrenzten Aufnahme von Opfern eines Bürgerkrieges oder bei Staatenzerfall besteht nicht und wäre im Falle ihres Bestehens ein Verstoss gegen die unverfügbare Identität der Verfassungsordnung.»<sup>5</sup>*

*«Der Bund hat im Rahmen seiner Kompetenzen dafür Sorge zu tragen, dass elementare Gefährdungen für den Bundesbestand unterbleiben und wirksam abgewehrt werden. Dem kann pauschal nicht entgegengehalten werden, die Bundesregierung sei aus Gründen des Schutzes der Menschenwürde zu Grenzöffnungen verfassungsrechtlich verpflichtet. Das Verfassungsrecht hat mit Art. 16 a GG zwar eine klare Entscheidung für das Grundrecht auf Asyl getroffen; es gewährt gem. Abs. 2 aber kein subjektives Recht bei Einreise über einen sicheren Drittstaat.»<sup>6</sup>*

*«Auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland kann der Schutz der Würde des Menschen nur dann wirksam gewährleistet sein, wenn die Kontrolle über die Einreise in das Staatsgebiet nicht verloren geht. Es unterliegt einem Missverständnis, wer glaubt, dass die Menschenrechte wegen ihrer universellen Geltung die staatliche oder supranationale Rechtsordnung suspendieren oder gar derogieren (abschaffen) könnten.»<sup>7</sup>*

Gerne wird geltend gemacht, die völlige Grenzöffnung im Spätsommer 2015 sei notwendig gewesen, die damaligen Flüchtlingsmassen in Ungarn aus einer menschenunwürdigen Situation zu befreien. Die Bundesregierung habe

sozusagen aus einem übergesetzlichen Notstand heraus gehandelt. Dem hält Prof. Di Fabio treffend entgegen: *«Selbst wenn man unterstellt, dass die Lage Ende August und Anfang September 2015 quasi im rechtfertigenden Notstand zu Gunsten einer menschenwürdigen Behandlung von Flüchtlingen notwendig gewesen sein sollte, so würde das nichts an der Tatsache ändern, dass damit allenfalls eine punktuelle, auf wenige Tage beschränkte einstweilige Massnahme zu rechtfertigen wäre, aber keine längere oder gar dauerhafte Ausserachtlassung des geltenden Rechts.»*<sup>8</sup>

Auch zu dem ständigen Hinweis der Kanzlerin, eine umfassende Grenzsicherung könne nur auf gemeinsamer europäischer Ebene erfolgen, und da müsse man eben Geduld haben, verweist Di Fabio nüchtern auf das Grundgesetz und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts:

*«Das Grundgesetz setzt die Beherrschbarkeit der Staatsgrenzen und die Kontrolle über die auf dem Staatsgebiet befindlichen Personen voraus. ... Der Bund ist aus verfassungsrechtlichen Gründen im Sinne der demokratischen Wesentlichkeitsrechtsprechung nach dem Lissabon-Urteil des BVerfG verpflichtet, wirksame Kontrollen der Bundesgrenzen wieder aufzunehmen, wenn das gemeinsame europäische Grenzsicherungs- und Einwanderungssystem vorübergehend oder dauerhaft gestört ist.»*<sup>9</sup>

Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Prof. Hans-Jürgen Papier konstatierte ebenfalls im Januar 2016 in einem Interview mit dem Handelsblatt: *«Die Flüchtlingskrise offenbart ein eklatantes Politikversagen. Noch nie war in der rechtsstaatlichen Ordnung der Bundesrepublik die Kluft zwischen Recht und Wirklichkeit so tief wie derzeit.»*<sup>10</sup>

Ungeachtet dieser gewichtigen Stimmen renommierter Staatsrechtler ist es mit den offenen Grenzen weitergegangen. Zu den über 1 Million illegal eingereisten Personen von 2015 sind 2016 weitere mehr als 320 000 über die deutschen Grenzen geströmt – reduziert nur durch die gegen Merkels Willen erfolgte Schliessung der Balkanroute.<sup>11a</sup> Hinzu kamen im Zuge des Familiennachzuges weitere 105 000 Personen.<sup>11b</sup> Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) rechnet durch den Nachzug von Familienangehörigen mit einer mittelfristigen Verdoppelung der bereits 500 000 eingereisten Syrer in Deutschland.<sup>11c</sup> Erst kurz vor den Weihnachtsferien 2016 haben auf Betreiben Bayerns an wichtigen Autobahn-Grenzübergängen von Österreich nach Deutschland Rundum-die-Uhr-Kontrollen begonnen, die aber vorerst bis Februar 2017 befristet sind.<sup>12</sup>

### Staatsvolk und Einwanderung

Das Grundgesetz ist explizit die Verfassung des deutschen Volkes, wie es sich auf der Basis seelischer, sprachlicher und kultureller Gemeinsamkeiten historisch entwickelt hat. Subjekt der Demokratie ist also nicht irgendein beliebiges Volk oder irgendeine Bevölkerung, sondern das deutsche Volk. Dieses ist Subjekt der verfassungsgebenden Gewalt und der demokratischen Legitimation staatlicher Herrschaft. Das Prinzip dieser so verstandenen Nationalstaatlichkeit ist daher

*«der verfassungsrechtliche Rahmen, welcher der Einwanderungspolitik vorgegeben ist. Für eine aktiv gestaltende Migrationspolitik ergibt sich daraus zunächst, welche Ziele sie nicht verfolgen darf: Sie darf nicht die Überwindung des Nationalstaates durch eine multikulturelle Gesellschaft oder gar einen Vielvölkerstaat anstreben. Die Entstehung ethnisch-religiöser und sprachlicher Parallelgesellschaften darf weder geplant noch in Kauf genommen werden.»*<sup>13</sup>

Ein Volk ist natürlich keine statische Grösse, sondern entwickelt sich weiter. Auch das deutsche Volk hat in seiner Geschichte immer Menschen aus anderen Völkern aufgenommen, die sich integriert, ja assimiliert haben, also ganz in der kulturellen Volksgemeinschaft aufgegangen sind. Aufgabe der Politik ist es, in allen Entwicklungen die kulturelle und sprachliche Identität des Volkes zu erhalten.

*Damit wäre es, um den Extremfall zu bezeichnen, unvereinbar, wenn die Migrationspolitik dazu führt, dass in Deutschland eine kulturell hier nicht verwurzelte Mehrheitsbevölkerung entsteht. ... Bleibt die Geburtenrate der Deutschen so niedrig wie bisher und die der Immigranten so hoch, wie sie in ihren Herkunftsländern ist, wird der Extremfall immer wahrscheinlicher. Und wenn die Grenzen für alle Immigrationswilligen ohne Obergrenze geöffnet bleiben, wird dieser Fall in absehbarer Zukunft sogar mit Gewissheit eintreten. ...*

*Die Verfassung lässt dem Gesetzgeber die Möglichkeit offen, durch Einbürgerungen auch die Zusammensetzung des Staatsvolkes zu verändern. Aber diese Ermächtigung bedeutet nicht, dass Regierung und Parlament durch politische Entscheidungen eine völlig neue ethnisch-kulturelle Struktur des Staatsvolkes herbeiführen dürfen.»*<sup>14</sup>

Die Politik verwischt vielfach den Unterschied zwischen Flüchtlingen und Immigranten. Letztere dürfen im Grunde nur bei positiver Integrationsprognose, also Integrationsfähigkeit, -willigkeit und vorhandener Integrationskapazität aufgenommen werden. Flüchtlinge muss man auch in grösserer Zahl ins Land lassen, wenn es eine realistische Rückkehrperspektive gibt. Fehlt diese, sind sie auch Einwanderer, für die die Integrationskriterien gelten. Eine Vielzahl von Äusserungen der Regierung zeigt, dass sie von einem dauerhaften Bleiben der über eine Million «Flüchtlinge» ausgeht, die 2015 eingeströmt sind. Die Frage einer Obergrenze speziell für



Asylberechtigte stellt sich daher gar nicht. Wenn die Kanzlerin ständig summarisch eine Obergrenze ablehnt, bewegt sie sich stets ausserhalb der Verfassung, an die sie gebunden ist. Es handelt sich auch bei den meisten Asylsuchenden praktisch um Einwanderer, die in Bezug auf eine Obergrenze mit den Immigranten zusammen gesehen werden müssen.

Anders als in jedem Einwanderungsland der Welt werden die Eingelassenen aber nicht nach den Bedürfnissen des deutschen Arbeitsmarkts, ihren beruflichen Qualifikationen, ihrer Integrationsfähigkeit und -willigkeit ausgewählt. Sie werden überhaupt nicht ausgewählt, sondern einfach in unbegrenzter Zahl unkontrolliert aufgenommen. Die Integration wird plakativ gefordert, wird aber bei einer solchen noch ständig weiter wachsenden Zahl von Menschen, die in so kurzer Zeit aus völlig fremden und zum grossen Teil noch archaischen kulturellen Zusammenhängen kommen, unmöglich sein.

*«Die sich unter dem Aspekt der Nationalstaatlichkeit aus dem Grundgesetz ergebende Obergrenze für die Aufnahme von Immigranten ist mit einer Million von in Deutschland aufgenommenen Flüchtlingen im Jahr 2015 schon evident überschritten worden.»<sup>15</sup>*

*«Was gegenwärtig unter Billigung der Bundesregierung stattfindet, ist eine Umstrukturierung der Bevölkerung Deutschlands. Aus der nach Sprache, Kultur und Geschichte deutschen Mehrheitsbevölkerung wird eine multi-kulturelle Gesellschaft ohne einheitliche Sprache und Tradition. Die Politik der offenen Grenzen läuft auf das hinaus, was der Titel eines berühmten Buches zum Ausdruck bringt: «Deutschland schafft sich ab». Bundeskanzlerin Merkel ist vom TIME-Magazin zur Person des Jahres 2015 erkoren worden, weil sie mit ihrer Politik den Prozess vorantreibt, «eine alte und quälende nationale Identität abzulegen». ...*

*Die Bundesregierung ist an das Grundgesetz gebunden. Sie ist nicht berechtigt, die Identität des Volkes, das sie repräsentiert und dessen Wohl zu wahren sie geschworen hat, einwanderungspolitisch aufzulösen. Rechtlich steht dem das Grundgesetz entgegen.»<sup>16</sup>*

Das heisst, die Bundesregierung bricht vorsätzlich die Verfassung, indem sie das Subjekt der verfassungsgebenden Gewalt, das Volk selbst, in einen Auflösungsprozess führt. Das ist im Grunde ein beispielloser hochverräterischer Vorgang, dessen globaler Hintergrund hier schon aufgezeigt wurde: Globale Planung der Massenmigration.

### Funktionsfähigkeit des Staates

Weitere verfassungsrechtlich vorgegebene Grenzen der Flüchtlings- und Migrantenaufnahme ergeben sich aus der Notwendigkeit, die Funktionsfähigkeit des Staates zu erhalten. Der Staat darf – auch dort, wo er aus humanitären Gründen Menschen aus akuter Not helfen will – nicht die Fähigkeit verlieren, seine verfassungsrechtlichen Aufgaben zu erfüllen, wie z.B. die Wahrung der inneren Sicherheit.

Selbst Minister haben erklärt, dass man teilweise die Kontrolle über die «Flüchtlinge» verloren habe. Bis heute scheint z.B. nicht aufgeklärt, wo sich 300 000 nicht registrierte Eindringlinge befinden. Es ist klar, dass viele Islamistische Terroristen unkontrolliert einreisen konnten. Die Straftaten, Terroranschläge und Belästigungen der angeblich das Land Bereichernden nehmen trotz aller Dementis zu. All dies geht auf eindeutig verfassungswidriges Handeln der Regierung zurück.

*«Die Regierung darf nicht sehenden Auges Zustände herbeiführen, in denen die Polizei nicht mehr in der Lage ist, flächendeckend das Gewaltverbot durchzusetzen und die Menschen gegen Übergriffe anderer wirksam zu schützen. ... Sie darf nicht zulassen, dass Zustände entstehen, in denen durch Konfliktpotentiale aus Einwanderungsgruppen, wie sie in Frankreich sichtbar wurden, die innere Sicherheit derart bedroht wird, dass dann massive Freiheitseinschränkungen notwendig werden, um die Gefahren unter Kontrolle zu halten (Verstärkung der Tendenz zum Überwachungsstaat, Erleichterung polizeilicher Eingriffe bis hin zu Notstandsmaßnahmen).»<sup>16</sup>*

Ebenso darf die Regierung nach dem Sozialstaatsprinzip der Verfassung durch das grenzenlose Einströmen von Immigranten, die dann am Sozialsystem des Volkes teilnehmen, das Land nicht «in eine Lage hineingleiten lassen, in der massive Absenkungen des Sozialstandards notwendig werden, um alle Menschen versorgen zu können.»<sup>17</sup>

### Die fehlende demokratische Legitimation

Die Entscheidung der Bunderegierung, die Grenzen für alle offenzuhalten, die als Flüchtlinge und Migranten nach Deutschland wollen, hat auch verfassungsrechtlich keine demokratische Legitimation, und zwar aus mehreren Gründen, die der Verfassungsrechtler Prof. Dietrich Murswiek am Ende eines Artikels wie folgt zusammenfasst<sup>18</sup>:

- Eine Entscheidung von so weitreichender Bedeutung darf nicht von Kanzlerin und Regierung allein getroffen werden. Dem steht die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts entgegen, nach der wesent-

liche Entscheidungen dem Parlament vorbehalten sind. «Die Öffnung der Schleusen für über eine Million «Flüchtlinge» allein im Jahr 2015 ist hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland und des deutschen Volkes von äusserster Dramatik. Die Zusammensetzung des Volkes und seine Identität, die öffentliche Sicherheit und Ordnung, die Aufgabenlast der Kommunen und Landkreise, die Folgezwänge für die Bereitstellung von Wohnungen, ärztlicher Versorgung und Sozialhilfe, die hieraus resultierenden Belastungen des Haushalts in Höhe von vermutlich 30 Milliarden Euro pro Jahr sind einige Stichworte für solche Auswirkungen. ... Indem die Bundeskanzlerin diese Entscheidung aus einem moralischen Bauchgefühl heraus spontan getroffen hat, ohne zuvor das Parlament zu fragen, hat sie den demokratischen Parlamentsvorbehalt eklatant verletzt.»

- Fast alle Flüchtlinge, die in der gegenwärtigen Flüchtlingskrise nach Deutschland gekommen sind, können sich weder auf das Asylgrundrecht berufen noch haben sie einen Aufenthaltstitel. Fast alle Flüchtlinge müssten nach § 18 Abs. 2 AsylG von den Grenzbehörden «zurückgeschoben» werden. Die Bundesregierung hat offenbar angeordnet, dass diese Vorschrift nicht angewendet wird. Damit verletzt sie nicht nur diese Norm, sondern stellt die Bindung der Exekutive an das Gesetz (Art. 20 Abs. 3 GG) in Frage. ... Indem die Bundesregierung sich über das Gesetz stellt, handelt sie nicht nur rechtsstaatswidrig, sondern auch ohne demokratische Legitimation. Denn die Exekutive schöpft ihre Legitimation gerade aus der Bindung an das parlamentsbeschlossene Gesetz.»
- «Die Regierung darf nicht die Identität des Volkes, dem sie ihre Legitimation verdankt, strukturell verändern. Das Volk ist das Subjekt der Demokratie. Die Regierung leitet ihre Legitimation von diesem Subjekt ab, aber darf nicht über das Subjekt verfügen. Indem die Bundeskanzlerin eine Entscheidung trifft, die sich auf die Identität des Volkes und auf den Charakter des Staates als des Nationalstaats dieses Volkes gravierend auswirkt, ohne das Volk zu fragen, macht sie sich selbst zum Souverän. Das ist mit dem Prinzip der Volkssouveränität nicht vereinbar. ... Solange das Volk ... nicht gefragt worden ist, ob es der Umwandlung Deutschlands in einen multikulturellen Staat zustimmen will, ist eine Politik der für alle wirklichen oder vermeintlichen Flüchtlinge ohne Obergrenze offenen Grenzen mit dem Grundgesetz unvereinbar.»
- «Völkerrechtlich steht dem deutschen Volk das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu. Dieses impliziert das Recht der sprachlich-kulturell-historisch geprägten, auf einem bestimmten Territorium ansässigen Nation, sich in ihrem eigenen Staat zu organisieren. Das Grundgesetz ermächtigt nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts die Staatsorgane nicht, das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes aufzugeben. Dieser Schritt sei allein dem unmittelbar erklärten Willen des Volkes vorbehalten.»

### Zusammenfassung

Die Bundesregierung bricht vorsätzlich die Verfassung, indem sie durch das Zulassen unbegrenzter Migrationsströme auf absehbare Zeit eine kulturell hier nicht verwurzelte Mehrheitsbevölkerung entstehen lässt und dadurch das eigene Volk, das Subjekt der verfassungsgebenden Gewalt, in einen Auflösungsprozess hineintreibt, der zu einem Identitätsverlust des deutschen Volkes führt.

Die Bundesregierung bricht vorsätzlich die Verfassung, indem sie die Funktionsfähigkeit des Staates aufs Spiel setzt: Die innere Sicherheit kann sie bereits vielfach nicht mehr gewährleisten, und sie höhlt das Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes aus, indem durch die Teilhabe der Immigrationsströme am Sozialsystem das Land in eine Lage hineingleitet, in der massive Absenkungen des Sozialstandards notwendig werden, um alle Menschen versorgen zu können.

Und die Bundesregierung bricht zudem auch vorsätzlich die Verfassung, indem sie sich über das Prinzip der demokratischen Legitimation, die Bindung an die parlamentsbeschlossenen Gesetze, wie § 18 Abs. 3 Asylgesetz, hinwegsetzt.

Es geschieht der einmalige Vorgang, dass die Politiker, welche die Regierung bilden, tragen und stützen, sich über Verfassung und Gesetz erheben, die ihr Handeln allein legitimieren können. Sie massen sich eine eigene Machtvollkommenheit an. Das ist de facto ein Staatsstreich einer politischen Kaste gegen das eigene Volk. Der Rechtsstaat ist ausser Kraft gesetzt und die Demokratie punktuell bereits in eine Diktatur übergegangen. Nach den eingangs zitierten Worten des Kirchenvaters Augustinus werden wir von einer Räuberbande beherrscht. Und diese Kaste hat alle staatlichen Institutionen so durchgesetzt, dass jegliche Korrektur verhindert wird.

Was täglich in ihren Propaganda-Medien an Problemen und Details der Migrationskrise geschrieben wird, lenkt ständig von dem ab, was dem ganzen Fiasko zugrunde liegt und dem Volk nicht bewusst werden soll: Der skandalöse fortgesetzte Verfassungs- und Rechtsbruch der politischen Klasse. Denn noch hat das Volk in der Wahl die Macht, dem Spuk ein Ende zu setzen.

- 1 So vor kurzem in: Otto Depenheuer/Christoph Grabenwarter (Hg.): *Der Staat in der Flüchtlingskrise*, Paderborn 2016
- 2 Prof. Frank Schorkopf a.a.O., S. 13
- 3 Prof. Otto Depenheuer a.a.O., S. 22, 23
- 4 Prof. Klaus F. Gärditz a.a.O., S. 106, 107, 114
- 5 Gutachten Prof. Di Fabio, S. 118, 119
- 6 a.a.O., S. 90
- 7 a.a.O., S. 103
- 8 a.a.O., S. 91–92
- 9 a.a.O., S. 117–118
- 10 handelsblatt.com 12.1.2016
- 11a zeit.de 8.1.2017
- 11b welt.de 19.1.17
- 11c freiwelt.net vom 4.1.2016
- 12 welt.de 15.12.2016
- 13 Prof. Dietrich Murswiek im Band *Anm. 1*, S. 125–126
- 14 Prof. Murswiek a.a.O., S. 126, 127
- 15 Murswiek a.a.O., S. 130
- 16 Murswiek a.a.O., S. 133
- 17 Murswiek a.a.O., S. 130
- 18 Murswiek a.a.O., S. 134–137

Wer, nachdem er dies gelesen hat, immer noch der Meinung ist, er/sie müsse die Parteien wählen, die gegen jegliche Gesetze verstossen, der hat eindeutig seinen Verstand ausgeschaltet. Leider gibt es immer noch viel zu viele Dummköpfe, die an das glauben, was ihnen die Lügenpresse serviert.

Quelle: <http://krisenfrei.de/fortgesetzter-verfassungs-und-gesetzesbruch-der-regierenden/>

## Wahre Agenda der deutschen Nachrichtenkontrolle bei Facebook: Zensur alternativer Medien

*Florian Hauschild; RT Deutsch; Do, 26 Jan 2017 12:14 UTC*

Mit der Entscheidung, das **keineswegs unabhängige Projekt Correctiv** als Prüfstelle für Fake News zu beauftragen, hat sich Facebook keine Freunde gemacht – abgesehen von den Mainstreammedien. Wie Correctiv selbst klarstellte, ist nicht geplant, eine Fake-Kontrolle bei der etablierten Presse zu betreiben. Da bleibt Nutzern nur die Abwanderung. Nach wachsendem Druck gab der Social-Media-Riese aus dem Silicon Valley schliesslich klein bei und verkündete vor zwei Wochen die künftige Zusammenarbeit mit dem als gemeinnützig auftretenden «Recherchebüro» Correctiv. Dieses trägt als Aushängeschild gerne das Prädikat «unabhängig» vor sich her, kann angesichts der Finanzströme, die in das Projekt fliessen, jedoch vor allem als eine Art Tarnorganisation der Funke Medien-gruppe bezeichnet werden. Weitere spendable Geldgeber sind die Deutsche Bank, die Open Society Foundation des Milliardärs und Putschunternehmers Georg Soros, Google, die Bundeszentrale für Politische Bildung und zahlreiche Mainstreammedien.

Viel war zunächst nicht darüber bekannt, wie die Frage danach, was wahr und unwahr ist, von Correctiv beantwortet werden soll. Klar war zunächst nur, dass Beiträge, die deutschsprachige Facebook-User markieren, von der Essener gGmbH untersucht werden. Sollten die Hohepriester der Wahrheit dann zu dem Schluss kommen, dass ein Beitrag das Label «Fake News» verdient, wird die Sichtbarkeit des Inhaltes auf Facebook eingeschränkt. De facto kommt dies einer Zensur gleich, die der Correctiv-Macher David Schraven – in der Causa Fake News für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig – lediglich mit dem Hinweis vom Tisch wischt, Zensur definiere sich ja eigentlich dadurch, dass sie staatlich organisiert sei. In Zeiten, in denen immer mehr öffentliche Aufgaben privatisiert werden, ist dies jedoch nur ein schwaches Argument.

### Auch privatisierte Zensur bleibt Zensur

Zensur, auch wenn sie durch private Dienstleister ausgeführt wird, bleibt jedoch ein Herrschaftswerkzeug und ist stets im Interesse der herrschenden Elite. Besonders verdeutlicht dies auch Schravens lapidare Haltung zu Fake News, die durch Mainstreammedien verbreitet werden. Gegenüber dem Branchenportal Meedia macht der Correctiv-Redakteur deutlich, dass er kein besonderes Interesse hat, die Inhalte der Etablierten zu über-

prüfen. Für «BILD» gebe es ja schliesslich schon den Bildblog und für den Rest den Presserat. Darüber hinaus würden interne Kontrollmechanismen existieren, die sich bewährt hätten und durch einen Fake Check made by Correctiv nicht noch ergänzt werden müssten:

«Gerade bei den klassischen Pressemedien haben wir aber schon eine ziemlich gut wirkende Selbstkontrolle. Da gibt es den Presserat, in den einzelnen Häusern gibt es Ombudsmänner, Leser-Beiräte und sonstige Sachen. Jeder macht mal einen Fehler. Da würde ich grundsätzlich darauf vertrauen, dass diese erprobten Instrumente der Selbstkontrolle funktionieren. Deswegen kann man sich die Arbeit an dieser Stelle wohl sparen.»

Den Bildblog-Mitgründer und Medienkritiker Stefan Niggemeier überzeugt dies nicht. Auch Jens Berger warnt auf den NachDenkSeiten davor, dass nun «der Bock zum Gärtner» gemacht werde. Der Journalist Paul Schreyer deckte zahlreiche Widersprüche auf, in die sich der Correctiv-Verantwortliche Schraven bereits verstrickt hat. Eben jener Schraven macht in seinen bisherigen Ausführungen klar: **Bei seiner Zensurarbeit stehen künftig die alternativen Medien im Fokus, jene Kanäle, die nicht dem Mainstreamnarrativ folgen.** Deutlich wird dieser Bias auch anhand von Schravens Umgang mit seinen Kritikern wie dem Publizisten Roland Tichy, den der Zensor in spe abschätzig als «alten Mann» abkanzelt.

### Neoliberale Ideologen als Wächter über die Wahrheit?

Wer die Tweets des Vorkämpfers für Wahrheit verfolgt, erkennt schnell: **Als besonders zu bekämpfende Gefahr hat Schraven vor allem auch Russen und russisch-stämmige Medien wie RT ausgemacht.** Unverhohlen folgt der Correctiv-Redakteur damit der Mainstreamerzählung, «russische Einflussnahme» habe die US-Wahlen manipuliert, wolle Angela Merkel stürzen und gefährde mittels gezielter «Desinformation» gar die ganze EU.

Ja, Hillary Clinton hat die Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten verloren. Ja, die politische Elite in Europa steht kurz vor ihrer Ablösung. Ja, auch das langfristige Überleben der EU ist spätestens seit dem britischen Brexit-Votum alles andere als gesichert. **Doch zeugt es von einem Tunnelblick sondergleichen, wenn westliche Eliten die eigene Verantwortung für ihr Scheitern verkennen. Der Versuch, mit der Fake-News-Kampagne externe Schuldige zu definieren und damit gleich auch noch Zensur zu legitimieren, ist nichts anderes als das neueste Gewand eines Kaisers, der längst nackt dasteht.**

Natürlich wurde der exzentrische Milliardär Donald Trump nicht als Folge einer Kreml-Verschwörung zum US-Präsidenten gewählt. Es wäre auch ein Armutzeugnis sondergleichen für die US-amerikanische Demokratie, wenn ein paar mutmassliche russische Hacker diese zum Einsturz bringen könnten. **Auch hatten Fake News keinen nennenswerten Einfluss auf das Wahlergebnis, wie zwei US-Forscher von den Universitäten Stanford und New York nun auch wissenschaftlich ergründet haben.** Der Anteil der Wähler, die von Fake News erreicht wurden, war schlichtweg zu klein.

Donald Trump zog ins Weisse Haus ein, weil es dem Politneuling auf beispiellose Weise gelang, den Verdruss auf die etablierte Herrschaftskaste zu kanalisieren. Dies macht nicht zuletzt Trumps Wahlkampf deutlich.

**Die neoliberalen Eliten und deren Zuträger im Stile Schravens stehen deshalb kurz vorm Abgrund, weil die Politik, die sie vertreten, immer breiteren Bevölkerungsschichten gegenüber feindlich gesinnt ist.** Wissenschaftliche Untersuchungen bestätigen, dass sich dieser Eindruck zumindest in der Bevölkerung immer weiter verbreitet.

Wie könnte es auch anders sein? Der Zusammenbruch der Mittelschicht, der Ausbau des Mindestlohn-Heeres, Freihandels-Exzesse und eine immer grössere Schere zwischen Arm und Reich – das alles sind logische Folgen der neoliberalen Agenda, für die sich ihre Repräsentanten nun zunehmend zu verantworten haben. **Neuerdings bedeutet dies eben auch die Abwahl.**

Trump's politisches Erfolgsgeheimnis ist nicht zuletzt die Tatsache, dass der in einflussreichen Kreisen als zu laut und neureich geltende Milliardär von der herrschenden US-Elite nie wirklich als einer der ihren akzeptiert wurde. Eine Aussenseiterrolle, die sich für Trump auszahlt, nun, da sich immer mehr Bürger die Rückabwicklung des neoliberalen Globalismus wünschen.

Ungeachtet derartiger Gründe für Trumps Wahlerfolg stricken auch deutsche Mainstreammedien im Gleichklang mit Geheimdiensten und Regierungsstellen weiter an der Mär der von Russland gehackten US-Wahl. **Angesichts der Tatsache, dass dafür nicht die geringsten Belege vorgebracht werden, können derartige Meldungen nur unter der Kategorie Fake News subsumiert werden.**

### Fake News gibt es auch im Mainstream

In der Tat sind die angeblichen Beweise, die auch die EU sammelt und nun zum Anlass für eine neuen Warnung nahm, das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt sind. Für den Kampf gegen «russische Propaganda» hat die Europäische Union eigens das East StratCom Team eingerichtet, das mit dem Monitoring russischer Presse-



organe beauftragt ist. In der Zusammenfassung für Januar 2017 findet sich kein einziger Fake, der RT zugeschrieben werden kann. Eine Geschichte über ein angebliches Schneemannverbot in der EU stammt aus einem bulgarischen Medium und wurde auch in Russland als Fake entlarvt.

Nichtsdestotrotz führte «Spiegel Online», von der East-StratCom-Wortmeldung motiviert, die Schneemann-Geschichte als Beispiel für «russische Propaganda» an und nutzte die Posse, um Zweifel an der westlichen Interpretation des MH17-Unglücks ins Lächerliche zu ziehen und um gegen RT zu agitieren:

«Bei anderen Gelegenheiten versuchten die Russen, die Geschichte des Zweiten Weltkriegs umzuschreiben, dann wieder verbreiteten sie Verschwörungstheorien, etwa über den Abschuss von Flug MH17, manchmal auch nur «lächerliche Lügen» wie die, dass Schneemänner in der EU verboten würden – weil sie rassistisch seien. [...]

Auch die international aktiven Staatsmedien «Sputnik News» und «Russia Today» spielten führende Rollen.»

Dass Moskau gerade wegen solch infamer Unterstellungen, die auch immer wieder in böartige Hetze umschlagen, es für notwendig erachtet, Medienangebote zu fördern, welche die andere Seite der Medaille zeigen, kommt den Meinungsmachern des deutschen Mainstreams nicht in den Sinn. Zu willkommen ist die Chance, die Schuld am eigenen Versagen «dem Russen» in die Schuhe zu schieben.

Gleich zu Beginn der Fake-News-Kampagne wurde schnell deutlich, dass das eigentliche Ziel des Eifers nicht Wahrhaftigkeit in den Medien war. Zu eindeutig forderten Spitzenpolitiker wie CDU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder, dessen Parteikollege Patrick Sensburg, aber auch FDP-Parteichef Christian Lindner ein konzentriertes Vorgehen gegen unliebsame Nachrichten aus alternativen Quellen.

### Wenn Facebook nicht umschwenkt, bleibt nur die Abwanderung

Mit der Beauftragung von David Schraven und seinem Team hat Facebook diese Forderung nun in die Praxis umgesetzt. Nichts anderes ist das Ziel von Correctiv und auch dessen Auftrag, als den Nachrichtenfluss im Sinne der herrschenden Elite zu filtern.

Doch letztendlich liegt es in der Hand der Internetnutzer, ob dieses Vorgehen zum Erfolg führt. Zwar ist das Scrollen über die Facebook-Timeline äusserst praktisch, um sich schnell auf den neuesten Nachrichtenstand zu bringen. Zahlreiche Alternativen zur News-Suche stehen jedoch ebenfalls bereit. Zunächst sollten sich Internetnutzer wieder auf die bewährte Praxis rückbesinnen, ihre bevorzugten Nachrichtenseiten einfach direkt anzusteuern. RT Deutsch bietet für die eigenen Inhalte zudem ein komfortables Browserplugin (Chrome & Firefox), das stets über die neuesten Beiträge informiert. Zudem gibt es eine MobileApp und man ist natürlich auch auf Twitter vertreten.

Die Antwort der Nutzer auf die geplante ideologisch motivierte Bevormundung durch Facebook sollte sich direkt an das Silicon-Valley-Unternehmen und vor allem auch dessen Aktionäre richten: Wenn dieser Kurs beibehalten wird, bleibt nur die Abwanderung der Nutzer. Dass tatsächliche Fake News richtiggestellt werden müssen, zweifelt niemand an. Doch dies kann nicht von einem ideologisch tief eingefärbten Projekt geleistet werden, das aus seiner Einseitigkeit nicht den geringsten Hehl macht und finanziell selbst mit einem Teil der Medienmacher eng verwoben ist.

Es kann jedoch durchaus angezweifelt werden, dass die Entscheider bei Facebook überhaupt wussten, wen sie sich da ins Boot geholt haben. Die einzig glaubhafte Reaktion, die dem Social-Media-Konzern nun noch bleibt, um sich aus diesem PR-Dilemma zu befreien, ist, die Zusammenarbeit mit Correctiv wieder zu beenden, noch bevor sie begonnen hat.

Quelle: <https://de.sott.net/article/27894-Wahre-Agenda-der-deutschen-Nachrichtenkontrolle-bei-Facebook-Zensur-alternativer-Medien>

### Duterte – Totale Breitseite gegen Kirche: «Katholische Kirche ist korrupt und voller Scheisse»

RT Deutsch; Do, 26 Jan 2017 08:56 UTC

Der philippinische Präsident Rodrigo Duterte hat seinem Zorn auf die Katholische Kirche freien Lauf gelassen – einmal mehr in deftigen Worten. Diesmal bezeichnete er die Institution als korrupt, «voller Scheisse» und als Hort des sexuellen Missbrauchs.

Duterte warf der Kirche, ihren Bischöfen und Priestern am Dienstag vor, korrupt sowie «hinter Frauen her» zu sein. Weiter gab er an, als Student der Universität Ateneo de Davao von einem Priester missbraucht worden zu sein. Drei Kabinettssekretäre seien ebenfalls belästigt worden.



© Reuters

*Die Katholische Kirche kritisierte sein radikales Vorgehen im Kampf gegen die Drogenmafia. Anlässlich einer Veranstaltung zum Gedenken an getötete Einsatzkräfte reagierte der philippinische Präsident Rodrigo Duterte darauf mit einem Rundumschlag.*

Duterte sprach zu den Familien der Sondereinsatzkräfte, die im Jahr 2015 in Mamasapano beim Einsatz gegen radikal-islamische Terroristen starben. Dabei empfahl der Präsident der Menge, das Buch «Altar of Secrets» von Aries Rufo zu lesen, um die Wahrheit über Kirchenbeamte zu erfahren. Er kündigte gar seinen Rücktritt an, sollten sich seine Behauptungen als unwahr herausstellen und fügte hinzu, er würde möglicherweise ein eigenes Buch über die Kirche mit dem Titel «Hypocrisy» verfassen.

«Ich fordere die Katholische Kirche heraus», sagte er. «Ihr seid voller Scheisse. Ihr stinkt alle, seid korrupt und so weiter.»

Er beschuldigte die Kirche der Korruption und verurteilte sie dafür, dass sie von der Regierung beliebte Allradfahrzeuge der Marke Mitsubishi Pajero als Dienstwagen forderten. Der Begriff «Pajero» hat im Spanischen auch eine anzügliche Bedeutung. «Solltet ihr euch nicht schämen?», habe er sie gefragt und weiter erklärt: «Das ist so teuer – und so viele Menschen haben nichts zu essen.» Am Ende habe die Geistlichkeit eingelenkt: «Hurensohn, die Idioten haben es akzeptiert», fügte er hinzu.

Er machte jedoch nicht nur seinem Ärger Luft, Duterte wies auch darauf hin, dass er und die Kirche etwas gemeinsam haben, nämlich das «Womanizing» (hinter Frauen her sein). Er unterrichtete das Publikum darüber, dass Bischof Teodoro Bacani zwei Frauen habe, genauso wie er.

Während seiner Rede nahm sich der Präsident auch die Zeit, seinen harten Krieg gegen die Drogen zu verteidigen, der von Verdächtigungen bezüglich Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren überschattet wurde.

Unter denen, die den populistischen Präsidenten für seine Haltung kritisiert haben, sind auch Vertreter der Kirche. Bischof Broderick Pabillo etwa forderte die Kirche erst vor kurzem dazu auf, sich gegen die Morde an mutmasslichen Dealern unter Duterte auszusprechen, denen bereits mehr als 6000 Personen zum Opfer gefallen sein sollen.

Er erinnerte das Publikum auch daran, dass er die Wahl gewonnen hat, obwohl die Kirche vor ihm gewarnt hatte.

Quelle: <https://de.sott.net/article/27885-Duterte-Totale-Breitseite-gegen-Kirche-Katholische-Kirche-ist-korrupt-und-voller-ScheiSse>

## **Armut in Deutschland: Buch zeichnet Bild über desolate Zustände, macht Vorschläge zur Verbesserung**

*Sputniknews; Mi, 25 Jan 2017 12:32 UTC*

«Kein Wohlstand für alle!?» – das ist der Titel des neuen Buches von Dr. Ulrich Schneider. Der Erziehungswissenschaftler und Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes analysiert darin die Verteilung von Wohlstand und die soziale Spaltung in Deutschland.

«Wohlstand für alle» lautet seit Ludwig Erhard das zentrale Versprechen aller Regierungen. Tatsächlich jedoch werden seit Jahrzehnten Reiche immer reicher, während immer grössere Teile der Mittelschicht abgehängt werden. Das ist weder Zufall noch Schicksal, sondern das Ergebnis einer Politik, die sich immer stärker einem modernen Neoliberalismus verpflichtet sieht, so der Autor des Buches «Kein Wohlstand für alle!?», Dr. Ulrich Schneider, der eine prekäre Lage in Deutschland zeichnet:

«Wenn wir über Vermögen nachdenken, haben wir ja mittlerweile die Situation, dass die unteren 40 Prozent bereits nichts oder Schulden haben. Wir haben 40 Prozent in der Bevölkerung, die von der Hand in den Mund leben. Mittlerweile erleben wir jeden zweiten Arbeitsvertrag, der abgeschlossen wird, als befristeten Arbeitsver-

trag. Den Menschen wird seitens der Politik von morgens bis abends oberlehrerhaft erklärt, dass sie ihre Rente vergessen könnten. **Wir leben in einer Zeit, in der fast die Hälfte der Bevölkerung nachvollziehbarerweise tief verunsichert ist, weil sie nicht an diesem Wohlstand teil hat.**»

Bei der Buchpräsentation im Buchhändlerkeller Berlin war zusätzlich auch Professor Christoph Butterwegge zugegen. Der Politikwissenschaftler an der Uni Köln gilt als Experte für das Thema Armut. Er wurde von der Linkspartei als Kandidat für das Bundespräsidentenamt nominiert. Er gibt ein konkretes Beispiel für die Spaltung unserer Gesellschaft:

«Auf der einen Seite sind die beiden ehemals reichsten Männer der Bundesrepublik, Karl und Theo Albrecht, Gründer der ALDI-Ketten Nord und Süd, mit 89 beziehungsweise 92 Jahren verstorben. Privatvermögen über 30 Milliarden Euro. Also zwei alte, unvorstellbar reiche Männer. Auf der anderen Seite gibt es wieder vermehrt alte Frauen, die mit ihrer Rente nicht über die Runden kommen und Minijobs haben. 175 000 Menschen haben im Alter von 75 oder älter noch einen Minijob und sie putzen öffentliche Toiletten oder sie tragen frühmorgens Zeitungen aus. Wenn man ohne ideologische Scheuklappen durchs Land geht, kann man auch feststellen, dass einige von ihnen aus Müllcontainern womöglich noch Flaschen oder im Extremfall sogar Nahrungsreste holen.» Auch der Aufstieg von Parteien wie der AfD seien das Resultat einer verfälschten Politik, die es nicht zustande bringt, für ihre Bürger zu sorgen und das sozialdemokratische Aufstiegsversprechen einzuhalten, wie der Kölner Politikwissenschaftler erläutert:

«Heute sind wir im Grunde in der Situation, dass dieses Aufstiegsversprechen von Abstiegsangst abgelöst worden ist. **Diese Abstiegsangst, insbesondere in der unteren Mittelschicht, die veranlasst dann viele Menschen dazu, sich rechtspopulistischen Demagogen zuzuwenden, zu glauben, dass die AfD wirklich eine Alternative sei.** In Wirklichkeit will die AfD aber die Steuern abschaffen, die eben Reiche bezahlen – die Vermögenssteuer und die Erbschaftssteuer.»

Auch mit dem Gerücht, dass die demografische Entwicklung schuld am sinkenden Wohlstand oder sinkenden Rentenbezügen sei, räumt Christoph Butterwegge einleuchtend auf:

«Es ist natürlich nicht so, dass wenn, was ja richtig ist, tendenziell die Lebenserwartung steigt und auf der anderen Seite auch die Familien kleiner werden, weil ein Geburtenrückgang zu verzeichnen ist, dann folgt daraus keineswegs, dass entweder die Renten gekürzt werden müssen, oder die Beiträge ins Unermessliche steigen müssen, weil die Arbeitsproduktivität zunimmt. **Wenn der Reichtum dieser Gesellschaft zunimmt, dann muss er nur gerechter verteilt werden.** Es ist nicht so eine Art Sachzwang, wie die Neoliberalen sagen, denn das Bruttoinlandsprodukt nimmt ja weiter zu, obwohl die Bevölkerung weiter abnimmt. Wer schon einmal einen Kuchen für einen Kindergeburtstag gebacken hat, der weiss, wenn weniger Kinder kommen, der Kuchen aber grösser wird – bleibt mehr für alle.

In Horrorszenarien ist da vom Geburtenschwund und von der vergreisenden Gesellschaft die Rede, und auf der anderen Seite, wenn das Bruttoinlandsprodukt, also der Reichtum der Gesellschaft, weiter wächst, müsste eigentlich ein grösseres Stück vom Kuchen für alle da sein, vorausgesetzt es würde einigermassen gerecht verteilt. Da liegt der Hase im Pfeffer.»

In seinem Buch fordert Dr. Ulrich Schneider eine Revolution in den Köpfen. Auch die Bürger sind hier in der Verantwortung. Professor Butterwegge steht für ein Rot-Rot-Grünes Bündnis. Das alleine würde aber, so der Professor für Politikwissenschaft am Institut für vergleichende Bildungsforschung und Sozialwissenschaften, keine grundlegende Gesellschaftsveränderungen bewirken. Ausser es wäre ausserparlamentarischer Druck da. Er erläutert: «Zum Beispiel das, was ich da vertrete, eine solidarische Bürgerversicherung, braucht eine breite Bürgerbewegung. Nur wenn es da Druck von der Strasse gibt, dann wird auch eine Regierung, die jetzt sicher weiter links als die jetzige stehen würde, auch wirklich Veränderung bewirken können. Das ist nicht im Selbstlauf möglich, sondern da muss sich ein grosser Teil der Bevölkerung einmischen und eben nicht resigniert zurückziehen. Ich erlebe immer wieder, wenn ich jetzt unabhängig von der Kandidatur zum Bundespräsidenten referiere, dass viele Menschen, die eigentlich für eine sozial gerechtere Gesellschaft eintreten, doch sehr entmutigt sind. Sie haben das Gefühl, man kann nichts bewegen, man kann nichts bewirken, und das ist wirklich falsch. Das gibt so eine self-fulfilling prophecy. **Wenn viele Menschen glauben, dass man das nicht verändern könne, dann können sie es auch nicht verändern.** Ich halte es da mit Antonio Gramsci, der hat das so schon ausgedrückt: Ein Pessimismus des Verstandes – den habe ich auch, was die Analyse angeht, sehe ich genauso dunkel, wie Ulrich Schneider das in dem Buch beschreibt, was die soziale Ungleichheit in Deutschland angeht –, aber ein Optimismus des Herzens, als immer noch den Glauben, wir können das anpacken, wir können das verändern und zum Besseren wenden.»

Quelle: <https://de.sott.net/article/27883-Armut-in-Deutschland-Buch-zeichnet-Bild-uber-desolate-Zustande-macht-Vorschlaege-zur-Verbesserung>

## Albert Einstein: «Leichtfertiger Autoritätsglaube ist der schlimmste Feind der Wahrheit»

Veröffentlicht January 26, 2017 in Welt von cosmicus

Wir behandeln den Geist (Anm. das Bewusstsein) unserer Kinder wie einen Aktenschrank – ständig lehren wir Informationen, die über Generationen hinweg wiedergekaut wurden. Lehrer sprechen nicht mit Schülern, sie sprechen vielmehr zu ihnen. Die Fähigkeit zu lernen, wird dem Schüler dabei allmählich genommen, da sie in erster Linie lernen, Informationen nachzuplappern, anstatt kritisch darüber nachdenken. [1]

Ein Artikel zitiert einen unserer grössten Denker mit dem Satz «*Leichtfertiger Autoritätsglaube ist der schlimmste Feind der Wahrheit.*» Man denke nur einmal für einen Augenblick über dieses Zitat nach. Einstein hatte vor Jahrzehnten bereits die Weitsicht, zu erkennen, wo die Menschheit versagt. Das führt zurück zu unserem Bildungssystem: Wir überlassen unsere Kinder in blindem Vertrauen einem Bildungssystem, welches «Wiederholer» produziert, die lediglich Gelerntes wiedergeben. Man lehrt uns, Autorität als Wahrheit zu akzeptieren, anstatt sie zu hinterfragen.

Kinder werden ermutigt, sich als Teil der Ausbildungsfabrik entsprechend anzupassen. [2] Es ist nicht ungewöhnlich, dass zu Hause unterrichtete Kinder sich selbst übertreffen, während Klassenzimmer-Schüler zurückbleiben, aus Langeweile oder als Reaktion auf das undifferenzierte Einheitsmodell, dem sie ausgesetzt sind. Sie mögen gar mit dem sog. Zappelphilipp-Syndrom wegen Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung belegt werden. Sir Ken Robinson deckt dieses Thema in seinen Konferenzen auf. [3]

Unterrichten zu Hause ermöglicht dem Kind, unkonventionell zu denken und fördert kritische Denker für unsere zukünftigen Generationen. Es bewegt das Kind weg von Indoktrination, so dass sie echte Fragen stellen und über mehrere Antworten nachdenken. Kinder gedeihen dabei, wenn man sie ermutigt, die Antwort selbst zu suchen.

Ich sprach mit einem pensionierten Geschichtslehrer «alter Schule» und auch einem derzeitigen Lehrer, der mit Kindern im Alter von 6 bis 8 Jahren arbeitet. Beide sind sich darin einig, dass das Bildungssystem jetzt voll ist von unruhigen Schülern, die gezwungen sind, sich anzupassen. Der pensionierte Lehrer meint: «*Sie müssen die Aufmerksamkeit der Schüler in einem frühen Alter erwecken. Das Alter von acht Jahren ist der kritische Zeitraum.*» Er erklärt, dass sie dann auf ihrem Höhepunkt sind, die Welt «draussen» zu entdecken. Sichern Sie sich ihre Aufmerksamkeit in dieser Phase, und sie werden für immer das Leben studieren wollen, empfiehlt er. Jetzt im Ruhestand, leitet er geführte Ausflüge für Kinder in die Umgebung seiner historischen Stadt, um sie zum «Denken» zu veranlassen, über die Welt um sie herum, wo sie herkommen, und wohin sie gehen werden. [4]

Das Bildungssystem ist darauf zugeschnitten, Schüler und Studenten löffelweise mit Antworten zu füttern. Lernen ist ein jedoch ein Erlebnis, bei dem Sie alles in Frage stellen müssen: Wo, wann, warum, wer und wie. Ist es irgendwie verwunderlich, dass die Medien nun den gleichen Weg gehen, wenn junge Absolventen zum Journalismus kommen? [5] Die Auswirkungen des Bildungssystems machen sich in allen Bereichen der Gesellschaft bemerkbar.



Sokrates hat einmal gesagt: «*Ich kann nicht alle alles lehren; ich kann nur erreichen, dass sie zu denken beginnen.*» Beide befragten Lehrer stimmten überein: Wir müssen unsere Kinder lehren, **Wie** sie denken, nicht **Was** sie denken.

[1] <http://themindunleashed.org/2013/12/albert-einstein-foolish-faith-authority-worst-enemy-truth.html>

[2] <http://themindunleashed.org/2014/05/happens-kid-leaves-traditional-education.html>

[3] <http://anonhq.com/education-create-adhd-kill-creativity/>

[4] Personal sources will not be divulged.

[5] <http://themindunleashed.org/2014/12/question-everything.html>



Übersetzt aus dem Englischen von <http://anonhq.com/education-factory-system/>

Quelle: <http://derwaechter.net/albert-einstein-leichtfertiger-autoritatsglaube-ist-der-schlimmste-feind-der-wahrheit>

## Dr. Norbert Häring – Brief aus Kerala zur Bargeldabschaffung

14/01/2017 NPR

Ein Deutscher, der im indischen Bundesstaat Kerala in einer Kleinstadt lebt, berichtet per E-Mail seinem Freund in Deutschland davon, wie sich für ihn und andere in der täglichen Praxis die ‹Demonetarisierung› darstellt, die Ministerpräsident Narendra Modi am 8. November 2016 verkündet hat.

Mit freundlicher Genehmigung des Autors und des Adressaten drucke ich die Mails hier ab:

Anonymus, Kerala, 14. 11. 2016: So eine indische Währungsreform ist schon sehr aufregend! Alle 500.– und 1000.– Rupien Scheine, die 86% der umlaufenden Geldmenge ausmachen, wurden über Nacht für ungültig erklärt. Für ahnungslose Touristen besteht die Möglichkeit, einmalig Rs. 5000.– in neue Scheine umzutauschen, allerdings, wie für alle anderen auch, nur bis zum 30. Dezember. (1000.– Rupien sind ca. 13.80 Euro) Blöd ist dabei, wenn manche Reisende sich für ganz schlau hielten und für ihre geplante Fahrt günstig vielleicht auf einmal 30 000.– umtauschten ... Pech. Wohl auch mit Umtauschbescheinigung. Da sind sie jetzt ganz hart. Auch die tausenden Wanderarbeiter aus Orissa, Bihar und West-Bengal, die hier in Kerala ohne Papiere als Sklaven in den unmenschlichen Sperrholzfabriken z.B. Perumbavoor arbeiten und ihr Geld bis zur Heimfahrt verstecken, haben ganz schlechte Karten! Es gibt deshalb schon kleine Unruhen.

Es gelten zum Teil sehr komplizierte Regelungen, die sich auch täglich ändern können, um seine alten, nun ungültigen Scheine in neue umzutauschen. Das Land befindet sich in einem völligen Chaos, Aufstände drohen und finden teilweise schon statt.

Unter bestimmten Voraussetzungen, die für uns zum Glück zutreffen, können wir bis zu 2,5 Lakh (Rupien 250 000.–) aber nur Rs. 49 000.– pro Tag bar aufs Konto einzahlen, ohne Herkunftsnachweise vorlegen zu müssen, was an einer von drei Schlangen in unserer völlig verstopften Bank geschieht. Wir hatten wider Erwarten doch über zweihundert Tausender im Hause, was ich gar nicht mehr genau wusste, muss also mindestens fünf Mal in diesen Malstrom.

Man steht stundenlang an, es wird geschubst, gedrängelt und immer sind alle ganz eng aneinander gequetscht. Es stinkt, ist furchtbar heiss, zum Schneiden dicke Luft und lärmt noch mehr als sonst, weil keiner weiss, wo er sich nun anstellen soll. Platziert sich einer zwei Stunden falsch, wie mir prompt passiert, muss er wieder auf ‹Los›. Eine Schlange ist zum Einzahlen grösserer Beträge, die nächste nur zum Umtausch und die dritte für das Einzahlen kleinerer Werte sowie das Abheben frischen Geldes. Man bedenke, Frauen bilden an jedem Schalter separate Schlangen, es winden sich letztlich 6(!) Menschenreihen kreuz und quer durch den relativ kleinen Raum, vorbei an nur halboffenen mit dicken Ketten fixierten Scherengittern in den Gang die enge Treppe runter – Entsetzlich!

Dazwischen im stockdunklen Flur noch ein improvisiertes Tischchen, an dem vor Schweiss triefendes Personal sitzt, um des Schreibens Unkundigen zu helfen die Formulare auszufüllen. Durch das ganze Gedrängel schieben sich ab und zu Leute mit grossen offenen Körben, gefüllt mit frischen Geldbündelhaufen die Treppen in den Bankraum hoch, erstaunlicherweise gehen, obwohl eigentlich physikalisch unmöglich, die Massen auseinander um die ‹Heiligkeit› passieren zu lassen. Ist der Transport vorüber, batscht die Menge unter Geschrei, wer nun vor wem an welcher Schlange stand, wieder zusammen.

Gestern versuchte die Filialleitung Blechmarken zur Reihenfolgeregelung zu verteilen, die Menschen sprangen wie Hühner übereinander her um eine zu ergattern, – Gekreisch, Gebuffe, abgerissene Taschen, runtergefallenes, nicht wiederzufindendes Zeug ... – ich kann Dir sagen!

Und dann! – Die Kassierer sitzen in den Banken immer in so kleinen extra Drahtkäfigen mit vorne einem handgrossen Loch und nur einer winzigen Tür hinten. Die Bude sah nach nur zwei Tagen aus wie Dagobert Ducks Geldspeicher, nur auf indisch! In Kartons, Schüsseln, Eimern und lose die Drahtwände hochgestapelt die alten Geldscheinbündel. Manchmal rutscht alles zusammen, wird dann mit den Füßen irgendwie weggeschoben, die Menge draussen drängt auf Abfertigung. Vollkommen überforderte Bankangestellte kommen zitternd in den Verschlag zu Hilfe und versuchen dem Geldgebirge wieder notdürftig Form zu geben und nebenbei, mit einer stotternden alten Geldzählmaschine, Ordnung in die Bleistift-und-Ratzel-Buchführung zu bringen.

Es ist nebenbei eine, wenn auch ziemlich brutale Methode, den Menschen das elektronische Bezahlen und Kreditkartenleben schmackhaft zu machen. Ich sage nur: Langfristig geplante Bargeldabschaffung! Offiziell will

man mit der äusserst aufwendigen Aktion das Schwarz-, Bestechungs- und Falschgeld eindämmen ... Derartige Aktionen können natürlich überall auf der Welt vollzogen werden, auch in Deutschland – Vorwände finden sich immer ...!

### Einige Tage später, Teil II

Mittlerweile hat sich die Bankensituation, zumindest bei uns im Dorf, etwas beruhigt, ist aber dennoch angespannt und von Normalität kann keine Rede sein. Andernorts geht es jetzt erst richtig los, da ganze Geschäftszweige infolge von Bargeld- und Wechselgeldknappheit zusammenbrechen, was natürlich Kettenreaktionen auslöst und Tausende ins Elend stürzt. Hunderte Leute setzen ihrem Leben ein Ende, nicht wissend, wie sie das alles überstehen sollen. Haben sie z.B. kürzlich ihr gesamtes Land für die Behandlung einer Krankheit oder eine geplante Hochzeit verkauft, wird dieses Geld plötzlich als illegal eingestuft und erfordert ungeheure Anstrengungen es zu legalisieren, wenn überhaupt möglich. Andere, besonders Ältere und Gebrechliche brechen während des manchmal tagelang dauernden Anstehens vor und in den Banken zusammen, oft mit Todesfolge.

Zunehmende Demos, Streiks und teilweise gewalttätige Aufstände sind an der Tagesordnung, so manche Landesregierung opponiert vehement gegen die Entscheidungen und Vorgehensweise der Zentralregierung in Delhi.

Gestern, nachdem ich in unserer Bank für mich alles soweit erledigt hatte, gab ich dem sichtbar überarbeiteten Filialleiter ein Zeichen, ihn gern persönlich sprechen zu wollen. Er zuckte zusammen, fürchtete wahrscheinlich irgendeine Beschwerde meinerseits, bat mich aber dennoch in sein Büro. Ich hatte keine Klage vorzubringen, sondern ganz im Gegenteil, versicherte ihm und seinem Kollegium meine höchste Bewunderung. Hatte ich nun fünf Tage die Gelegenheit, über jeweils mehrere Stunden Zeuge der unglaublichen Belastung, welcher er und die Angestellten ausgesetzt sind, zu sein. Unflätige Worte, Beleidigungen bis hin zu Handgreiflichkeiten gegenüber dem Personal sind keine Seltenheit.

Die Mitarbeiter kommen täglich in aller Herrgottsfrühe in die Filiale, sortieren und zählen Berge von Scheinen, kommen während der radikal verlängerten Öffnungszeiten kaum zum Wassertrinken, geschweige denn Mittagessen und wenn dann gegen 20:00 h der letzte Kunde widerwillig das Haus verlässt, fangen sie wieder an Geld zu sortieren und, viel wichtiger, sämtliche zehntausende Überweisungs-, Abhebungs- und Einzahlungsscheine, die auf riesigen Spiessen lauern, in das Computersystem einzugeben, wozu tagsüber keine Zeit war. Vor 1:00 h früh kommen sie nie nach Hause ...

Er nahm das Paket Marzipan-Leedus für ihn und die Mitarbeiter entgegen, wurde ganz still und Tränen rannen ihm aus den Augen. Niemals habe bisher ein einziger Kunde ein Wort der Anerkennung oder auch nur des Dankes für diese Mordsarbeit übrig gehabt, nun muss erst ein Ausländer kommen um dies zu tun. Er schäme sich für sein Volk mir gegenüber. Selten habe ich so tiefe emotionale Momente erlebt.

### Kerala, 13.12.2016.

Jetzt geht es Schlag auf Schlag, – es gibt immer noch kaum Bargeld von den Banken, man musste ja alles einzahlen und bekommt davon wöchentlich nur lächerlich wenig ausgezahlt (Rupien 24 000.– /ca. 300.– Euro) in riesigen Rs. 2000.– Scheinen, die keiner wechseln kann. Man treibt die Menschen dadurch mit Zwang zu Konteneröffnungen und bargeldlosem Geldtransfer. Dies ist aber auf Grund fehlender Infrastruktur, speziell auf dem Lande kaum durchsetzbar. Es brodeln gefährlich und nun kommt noch dazu eine Goldkonfiszierung. Wo doch der Inder Gold so liebt ...

<http://norberthaering.de/de/27-german/news/751-kerala#weiterlesen>

### Indien beschlagnahmt Gold von privaten Anlegern

*Nachdem die indische Regierung den Bargeldumlauf massiv beschränkt hat, sollen Steuerbeamte die Privat-Haushalte nach un versteuertem Gold untersuchen. Das Gold soll konfisziert werden.*

<https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/12/09/indien-beschlagnahmt-gold-von-privaten-anlegern/>

*Indien: Bargeldabschaffung und die biometrische Erfassung aller Einwohner*

<http://www.konjunktion.info/2016/11/indien-bargeldabschaffung-und-die-biometrische-erfassung-aller-einwohner/>

Quelle: <http://npr.news.eulu.info/2017/01/14/dr-norbert-haering-brief-aus-kerala-zur-bargeldabschaffung/>

## Warum wir bald keine Schlachthöfe mehr brauchen

29.01.2017 • 10:28 Uhr

Fleisch essen, ohne Blut zu vergiessen. Geht das? In der Biotechnologie ist es schon vor einigen Jahren gelungen, Fleisch künstlich im Labor zu kreieren. Die Methode massentauglich zu machen wäre nötig, nicht nur den Tieren zuliebe!

von Florian Osrainik

Rosa Luxemburg beschrieb einst, wie Tiere beim Abladen ganz still und erschöpft standen. Und eins dieser Tiere, «welches blutete, schaute dabei vor sich hin mit einem Ausdruck im schwarzen Gesicht und den sanften schwarzen Augen wie ein verweintes Kind. Es war direkt der Ausdruck eines Kindes, das hart bestraft worden ist und nicht weiss wofür, und auch nicht weiss, wie es der Qual und der rohen Gewalt entgehen soll.»

Szenen wie diese müssen in Zukunft nicht mehr zum Alltag gehören. Es geht aber nicht nur um Moral.

Bereits in den 1990er-Jahren wurden sogenannte In-vitro-Modelle – was so viel wie «im Glas» bedeutet – zur Bestimmung von Keimen in Fleischproben verwendet. In der Folge begann man, an der Entwicklung von In-vitro-Fleisch zu forschen. Ziel war es, Fleisch im Labor zu kreieren, um es im industriellen Massstab synthetisch produzieren und verzehren zu können.

Das Modell basiert auf Methoden der Zellkultur, insbesondere auf den Methoden der Gewebezüchtung, der künstlichen Herstellung biologischer Gewebe. Die Ausgangszellen können dem jeweiligen Tier schmerzfrei via Biopsie entnommen werden, ganz ohne Qual und Henker.

Danach wachsen und vermehren sich die Zellen in einem kontrollierten Mehrmedium. Das Medium enthält Antibiotika, damit Bakterien die Kultur nicht verunreinigen.

Nach wenigen Wochen – die Zirkulation des Kulturmediums in rotierenden Flaschen erhöht die Versorgung der Zellen mit Nährstoffen und Sauerstoff – hat man dann genügend Zellen, um ein Stück Fleisch zu kreieren. Die Methode kommt ohne Eingriffe in die DNA-Sequenzen von Zellen, also ohne den Einsatz von Gentechnik, aus. Die dabei zugrunde liegende Technologie wird schon seit Längerem in der Medizin mit menschlichen Hautzellen angewendet, um bei Brandverletzungen Transplantate zu züchten.

Theoretisch könnte auf diese Weise der weltweite Fleischverbrauch gedeckt werden. Und das wäre dringend nötig, denn der Konsum von Fleisch hat sich in den letzten 50 Jahren vervierfacht, was Tieren und dem Planeten jeden Tag einen enormen Schaden zufügt.

Heute wird die Zahl vegetarisch und vegan lebender Menschen weltweit auf rund 1 Milliarde geschätzt. Die steigende Nachfrage nach verbessertem Fleischersatz, vegetarischer und veganer Ernährung, dürfte aber nicht nur auf die Ansicht, dass es sich beim Verzehr von totem Leben um ein «Überbleibsel der grössten Rohheit» handeln würde, wie Leo Tolstoi meinte, oder gar die Vorstellung, ein Tier könne im Jüngsten Gericht sitzen, zurückgehen.

Auch die nackten Zahlen machen nachdenklich. Schlachtet die Menschheit doch jedes Jahr rund 300 Millionen Rinder, 4 Milliarden Schweine, 1 Milliarde Schafe und Ziegen, 5 Millionen Pferde, 2 Millionen Kamele, 3,5 Milliarden Enten und Puten oder 60 Milliarden Hühner ab.

Dazu kommt noch alles, was aus dem Wasser kommt. Und da die Weltbevölkerung immer schneller zunimmt und auch Menschen in Schwellen- und Entwicklungsländern, besonders in Asien – man denke an die 1,4 Milliarden Chinesen – mehr Fleisch wollen, gibt es ein akutes Problem mit Mutter Erde.

Nach Angaben der UN werden 30 Prozent der eisfreien Fläche unseres Planeten für die Nutztierhaltung verwendet. Bezieht man die Futtermittelherstellung mit ein, so werden pro Kilogramm Rindfleisch rund 100 000 Liter Wasser benötigt.

Schon heute beutet die Landwirtschaft in wenig geeigneten Regionen, etwa in Wüstengegenden, Böden aus – die Fleischproduktion nimmt rund 70 Prozent der verfügbaren landwirtschaftlichen Fläche ein –, so ist eine weitere Expansion schwer vorstellbar.

Bei einer wachsenden Weltbevölkerung von täglich rund 230 000 Menschen und vorausgesetzt alle streben den Fleischkonsum der Europäer an, werden jeden Tag 60 000 Hektar neues Farmland und schon bald mehr als eine Erde nötig sein. Berücksichtigt man den Ressourcenverbrauch für den westlichen Lebensstil, so werden es dreieinhalb Erden.

Würde die Europäische Union das Ziel einer autarken Versorgung und einer tiergerechten Haltung anstreben, so müssten nicht nur sämtliche Landflächen in Weideland umgewandelt werden, sondern auch noch ein Viertel des afrikanischen Kontinents – inklusive bisheriger Ackerflächen, aller Wälder, Wüsten und Städte.

Spitzenreiter beim Fleischverbrauch sind die USA. Das führt in den Vereinigten Staaten unter anderem dazu, dass man unzählige Rinder in sogenannten Feedlots – auf einem Quadratkilometer über 100 000 Tiere – zusammenpfercht.

Eine glückliche Kuh auf der Weide verbraucht, im Vergleich zu einer Kuh aus industrieller Haltung, bis zu zehn Mal mehr Fläche. Und ein Paar, das sich nach durchschnittlichem Fleischkonsum ernährt, etwa in Deutschland, erfordert eine Anbaufläche von rund 4600 Quadratmetern für seine Lebensmittel. Ein sich vegetarisch ernährendes Paar dagegen nur 1300 Quadratmeter. Hinzu kommt, dass industrielle Tierhaltung Unmengen an Getreide und Soja – Schlachttiere fressen etwa ein Drittel der weltweiten Getreideernte weg – verschlingt, zur Ausbreitung von Seuchen beiträgt und den Treibhauseffekt durch den Ausstoss von Methan verstärkt.

In-vitro-Fleisch könnte nach Cicero – «Ich bitte dich nicht, mich zu verschonen, wenn du in Not bist, sondern nur, wenn du frevelhafte Begierde hast. Töte mich, um zu essen, aber morde mich nicht, um besser zu essen!» – also nicht nur das Morden an Tieren der Gelüste wegen reduzieren, es hätte auch ein enormes Potenzial für Ökologie und Gesundheit.

Durch die Züchtungen in sterilen Zellkulturen oder Bioreaktoren – hier kommen Zellen, Medien und Andockmaterial zusammen –, die sich besser zur industriellen Fertigung eignen, könnte auch die Überwachung und Fernhaltung von Krankheitserregern oder Giftstoffen bald einfacher umgesetzt werden.

Kostete die Herstellung des ersten Burgers aus dem Labor, im Jahr 2013 von Professor Mark Post von der Universität Maastricht präsentiert, noch rund 340 000 US-Dollar und war geschmacklich noch nicht ganz perfekt, so gab das Unternehmen «Mosa Meat» 2015 bekannt, dass der Preis bereits auf umgerechnet rund 60 bis 70 Euro pro Kilogramm gesenkt werden konnte.

Peter Verstrate von «Mosa Meat» ist zuversichtlich, bis 2020 Laborburger auf dem Markt anbieten zu können. Dafür sollen weitere Wissenschaftler eingestellt werden. Weitere Start-up-Unternehmen, wie «Memphis Meats» oder «Modern Meadow» forschen ebenfalls daran, Leder und Fleisch in Zukunft ohne Tierleid zu produzieren. Andere alternative Firmen, wie «Muufri» entwickeln etwa künstliche Kuhmilch oder, wie «Impossible Foods», pflanzliche Burger, die wie Fleischburger schmecken. Die hergestellten In-Vitro-Gewebe hätten laut Forschern jedenfalls dieselbe Struktur wie die im lebenden Tier.

Das Fleisch müsse auch wie Herkömmliches schmecken, andernfalls wird es schwer, Konsumenten zu überzeugen, auf Fleisch von geschlachteten Tieren zu verzichten. In Zukunft soll das künstliche Fleisch zu den stark subventionierten Tierprodukten in den USA und der EU mehr als nur konkurrenzfähig sein. Es soll diese vielmehr verdrängen und überflüssig machen. Steigt der Fleischbedarf aber weiterhin an, so verschärfen sich die ökologischen Probleme und der Welthunger nur noch mehr.

Wird das Ziel der Massenherstellung erreicht, so würden mit etwas tierischer DNA, etwa einem kleinen Stück eines Rindermuskels, Tausende Kilo Fleisch erzeugt und ein heimischer 3D-Drucker könnte ein Filet kreieren. Die Reproduktion von Fleischwaren, etwa von Wurst, Nuggets oder Burgern, ist dabei relativ einfach.

Schwierigkeiten macht der Forschung noch der Nachbau von Fleisch in seiner Originalkonsistenz, etwa eines Steaks. Dieses besteht aus Muskelfleisch mit langen feinen Äderchen und muss dreidimensional, am besten an einem essbaren Gerüst wachsen. So etwas zu kreieren ist eine grössere Aufgabe als der Nachbau kleiner Zellbällchen wie bei Nuggets.

Am Ende wäre das blutlose Fleisch aus dem Labor auch unbedenklicher zu verzehren als vieles, was heute an tierischen Produkten in den Regalen und Auslagen angeboten wird, denn es werden weder Antibiotika noch sonstige Futterzusätze verwendet.

Hackfleisch aus einem Bioreaktor würde nur aus Hackfleisch, nicht aus sonstigen tierischen Abfallprodukten bestehen und die hygienischen Bedingungen wären bei der Herstellung im Labor wesentlich strenger, als es bei der Massentierhaltung je möglich sein wird.

Und letztlich handelt es sich beim Laborfleisch nicht wirklich um ein Kunstprodukt, sondern vielmehr um echtes Fleisch. Geschieht bei der Reproduktion doch nichts, was nicht auch beim lebenden Tier passiert.

Wem es aber künftig vor Fleisch aus dem Glas mehr grauen sollte, als vor Fleisch aus dem Schlachthof, der könnte in Zukunft des öfteren an Pythagoras denken: «Wer mit dem Messer die Kehle eines Rindes durchtrennt und beim Brüllen der Angst taub bleibt, wer kaltblütig das schreiende Böcklein abzuschlachten vermag und den Vogel verspeist, dem er selber das Futter gereicht hat – wie weit ist ein solcher noch vom Verbrechen entfernt?»

Quelle: <https://deutsch.rt.com/gesellschaft/45879-warum-wir-bald-keine-schlachthoefe-mehr-brauchen-fleisch-vegan-vegetarier-wissenschaft/>



### Hierzu FIGU-Informationen bzw. ein Auszug aus dem 251. offiziellen Kontakt vom 3.2.1995:

Endlich nämlich wird durch die Wissenschaftler erkannt, dass dies durch eine Genmanipulation tatsächlich möglich ist, wobei die Zeit dieser Erkenntnis schon sehr bald kommt, auch wenn die Verwirklichung erst viel später erfolgt, woran die Kontra-Genmanipulationsschreier schuld sind, die schwachsinniger- und unverständlicher Weise gegen die Gentechnologie und gegen die Genmanipulation sind. Diese Kontraschreier sind daher schuld daran, dass noch lange Zeit Massentierzüchtereien und Massentiertransporte und Massentierquälereien in Milliardenzahl das Leben belasten werden, denn **wahrheitlich könnte die Lösung der pflanzlich-tierischen Eiweissproduktion und ein vollwertiges Fleischersatzprodukt schon längstens gentechnologisch erzeugt und als Nahrungsmittel auf dem Markt sein, wenn das Antigeschrei dies nicht seit Jahrzehnten verhindern würde.** Durch deren Schuld werden noch viele Milliarden Tiere unsagbar leiden müssen, bis den Schreibern endlich zwangsmässig der Mund gestopft wird und sie zum Schweigen gebracht werden. Dann erst werden die Übel der Massentierzüchtereien und alle damit für die Tiere aller Art in Erscheinung tretenden Quälereien usw. ein Ende finden.

### Wissenschaftler schaffen Mischwespen aus Mensch und Schwein

27.01.2017 • 09:02 Uhr



Wissenschaftler schaffen Mischwespen aus Mensch und Schwein

Biologen aus den USA, Spanien und Japan haben eine Mischung aus Mensch und Schwein kreiert. Die entsprechende Forschung wurde im Magazin *«Cell»* veröffentlicht. Dabei handelt es sich um Embryonen, auch Chimären genannt, die sowohl Menschen- als auch Schweinezellen enthalten.

Die Wissenschaftler haben in rund 1400 befruchtete Schweine-Eizellen menschliche so genannte induzierte pluripotente Stammzellen übertragen. Ähnliche Experimente mit Rattenstammzellen waren zuvor erfolglos gewesen. Die Technologie soll es ermöglichen, frühe Entwicklungsstadien des Menschen zu untersuchen und Ersatzorgane für Schwerkranke zu züchten. Allein in Deutschland stehen etwa 10 000 Menschen auf der Warteliste, die Spendeorgane brauchen.

Quelle: <https://deutsch.rt.com/newsticker/45807-wissenschaftler-schaffen-mischwespen-aus-mensch/>

### FIGU-Informationen bzw. eine Prophetie hierzu aus dem 251. offiziellen Kontakt vom 3.2.1995:

284. Auch hinsichtlich der Wissenschaftler ist diesbezüglich nichts vorauszusagen, das von Gutem wäre, denn zu dieser Zeit werden sie die ersten Mensch-Tier-Genmanipulationen vornehmen und Wesen schaffen, die als sogenannte *«Halbmenschen»* aus Mensch-Schwein-Kreuzungen entstehen, die dann zu Kampfmaschinen herangebildet werden, um Kriege zu führen und Arbeiten aller Art im Weltraum zu erledigen.

285. Dies wird jedoch auf die Dauer gesehen nicht gut gehen, denn sie werden sich ihren Erzeugern ebenso entgegenzusetzen beginnen wie auch die Roboter-Menschen, denen Arme und Beine amputiert werden, um die Nervenbahnen mit feinstelektronisch-biologischen Apparaturen verbinden zu können, wodurch diese Menschen zu lebenden Steuerorganen für Raumschiffe und Waffen aller Art sowie für Maschinen und allerlei Erdfahrzeuge usw. werden.

286. Zu dieser Zeit wird ein neuer Mann mit der universellen Lehre in Erscheinung treten, um sie der gesamten Menschheit der Erde zu unterbreiten, was ihm auch bemerkenswert gut gelingen wird, auch wenn von Seiten der existierenden Religionen und Sekten in aller Welt Gegenaktionen erfolgen werden, wie dies seit alters her bei diesen üblich ist.
287. Die Lehre des Geistes wird in der Lehre enthalten sein, und rund vierzig Jahre später wird die Reinkarnationslehre weltweit verbreitet und auch von den bestehenden Religionen anerkannt sein.
288. Zuvor jedoch werden unerfreuliche Begegnungen mit Ausserirdischen stattfinden, woraus sich jedoch eine erfreuliche Verbindung ergeben kann, wenn die Erdenmenschen den richtigen Weg einschlagen; andernfalls bleibt die unerfreuliche und unter gewissen Umständen auch gefährliche Perspektive bestehen.

### **«Ich bin stolz auf mich! Hab nix gelernt, war erfolglos im Beruf – aber ich kann Politik!»**

*Veröffentlicht am 3. Februar 2017 von conservo; von Peter Helmes*

#### **Links blind – rechts sehend**

Wie oft sollen die deutschen Medien – Ausnahmen gibt's natürlich – noch beweisen, dass sie linksverseucht sind? Wer sehenden Auges durch die Medien geht, kann gar nicht anders urteilen, als dass hier nur Einäugige rumlaufen: «Rechts» sehen sie alles, links sehen sie nichts! Ein aufklärender, gar bildender Journalismus ist zunehmend einem Kampagnenjournalismus gewichen. Medien sind die wahren Herrscher Deutschlands. Über sie betreiben die deutschen Sozialisten ihren Gesinnungsterror gegen das deutsche Volk. Kurz: **Deutsche Medien machen Politik – anstatt Politik darzustellen.**

Wir alle wissen, dass wir von dem Grossteil der Medien mal hemmungslos, mal subtil manipuliert werden. Die Infamie, vor allem politisch inkorrekt gegenüber, wächst ins Schamlose. Aber gleichzeitig scheint auch die Feigheit der Betroffenen zu wachsen. Wer wehrt sich – auf Deutsch: Wer macht's Maul auf? Der offensichtlich aus allen Wolken fallende General der CDU, Peter Tauber, ruft panisch: «Leute, wacht auf, es geht um was!» t-online berichtet u.a. (2.2.17, 20:16 Uhr): «CDU-Generalsekretär Peter Tauber ruft seine Partei zur Geschlossenheit auf ...» Die Union sei alarmiert. «Die Zahlen machen deutlich: Es geht um was, wir müssen geschlossen kämpfen», sagte CDU-Generalsekretär Peter Tauber dem «Tagesspiegel». Es sei allerdings nicht ungewöhnlich, «dass der Kandidat Schulz erst einmal Neugier und Interesse wecke».

Um was «es geht», sagte Tauber nicht. Wahrscheinlich weiss er es nicht einmal. Und dass die SPD in den Jahren der Grossen Koalition nahezu alle Beschlüsse mitgetragen und z.T. sogar forciert hat, verdient wohl keine Erwähnung. Und auch das erwähnt Tauber nicht:

In den letzten Monaten reagierten die politisch korrekten Medien – also fast alle Meinungsmacher – zunehmend nervös auf den erbärmlichen Zustand der SPD und sahen kein Licht am Ende des Tunnels. Gabriel verbraucht, Hannelore Kraft verbraucht und kraftlos, Olaf Scholz zu provinziell, Müller (Berlin) unsäglich, der Rest unscheinbar usw. usw. Die Umfragewerte der Union stiegen, die der SPD fielen.

#### **Eine erbärmliche Medienlandschaft – Ein Hoch auf den Abbrecher Schulz!**

Da kam wie der deus ex machina der neue Zampano! Wie aus dem Hut gezaubert präsentierte die SPD zuerst den Abgang von Sigmar Gabriel und dann den Zugang von Martin Schulz, dem «Retter» und Erlöser.

Und siehe da: Nicht ein einziges dieser linksgleichgeschalteten Blätter und Funkmedien findet etwas zu kritisieren, alle stimmen das Loblied auf den lieben Martin an und sprechen ihn heilig. Der so Gepriesene ist aber keineswegs heilig, sondern vielmehr schein-heilig.

Ob BILD, STERN, RTL, DLF usw., die sich sonst ihrer Kritikfähigkeit rühmen – alle preisen den neuen Herrn. Eine geistige (Anm. bewusste) Auseinandersetzung findet nicht statt. Wie auch? Wer Dumpfheit mit Wissen verwechselt ist nicht mehr kritikfähig, aber befindet sich in grosser Nähe zum SPD-Kandidaten. Ein Beitrag des Deutschlandfunks (DLF) mag dies belegen:

#### **«Schulz in NRW – Kein Abitur, dafür viel Fussball»**

*Sein erster Partei-Auftritt sollte mitten im Ruhrgebiet sein, mitten in der SPD-Hochburg: Martin Schulz tourte die letzten Tage von Wanne-Eickel bis Herne. Dort punktete er vor allem mit seiner bodenständigen Biografie – kein Abitur, dafür Fussball und eine Schwiegermutter aus Wanne. Die Genossen sind begeistert.*

*Und so klopft Moritz Küpper, der DLF-Autor, selbstbewusst sich selbst auf die Schulter und auf die des Kanzlerkandidaten gleich mit. Die Freude, die aus seinen Worten klingt, ist nicht zu überhören ...*

Man fasst es nicht. Der Mann hat alles Mögliche abgebrochen – Schule, Lehre, Buchhändlerdasein usw. – und der DLF hebt seine ›bodenständige Biografie‹ hervor! ›Kein Abitur‹ als Leistung! Welch ein Vorbild!

Nein, das ist kein Vorbild, sondern ein Skandal! Sollen denn die jungen Menschen im Ruhrgebiet nicht mehr lernen und nicht mehr erfolgreich arbeiten? Heisst deren Lebensmotto in Zukunft: «Ich bin stolz auf mich! Hab nix gelernt, war erfolglos im Beruf – aber ich kann Politik, also werde ich Politiker!» Wie tief sind unsere Medien schon gesunken, einen solch haarsträubenden und unverantwortlichen Unsinn zu verzapfen?

Dieser Unfug wird nur noch übertroffen von den plötzlich einsetzenden ›Erfolgsmeldungen‹ der SPD. Dieselben Medien wollen uns landauf, landab einreden, innerhalb weniger Tage seien ihre Umfragewerte von rd. 20 Prozent auf 28 Prozent gestiegen, während die der CDU krachend abfallen. Mehr noch: Bei einer Direktwahl erhalte Schulz locker um die 50 Prozent, während Merkel auf rund 35 Prozent absacken würde. Da wird der Wunsch zum Vater des Gedankens, bzw. da wird Meinungsmanipulation zur Gewissheit.

Quelle: <https://conservo.wordpress.com/2017/02/03/ich-bin-stolz-auf-mich-hab-nix-gelernt-war-erfolglos-im-beruf-aber-ich-kann-politik/#more-13788>

## Syrische Flüchtlinge sollen in ihre Heimat zurück

Mittwoch, 1. Februar 2017, von Freeman um 18:00

Der syrische Aussenminister hat am Montag die Flüchtlinge des Landes aufgefordert, in ihre Heimat zurückzukehren. Walid Muallem sagte, die Syrer, die im Ausland leben, würden ›willkommen‹ sein, nachdem der Konflikt sich beruhigt hat. Das Land sei bereit, sie zu empfangen, und die Regierung würde ihnen ein ›würdevolles Leben‹ ermöglichen. Muallem traf sich mit dem Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, Filippo Grandi, um die Rückkehrhilfe zu besprechen. Insgesamt sollen 5 Millionen Syrer sich in den Nachbarländern Türkei, Jordanien und Libanon und in Europa oder anderen westlichen Staaten aufhalten.



Am Dienstag hat Präsident Assad eine Reihe von Unternehmern aus Damaskus und Umgebung empfangen, welche durch die Krise ihre Fabriken verloren haben, aber in provisorischen Werkstätten die Produktion wieder aufnehmen. Die Unternehmer erzählten über ihre Verluste durch den Krieg, aber diese Schäden hätten sie nicht davon abgehalten, die Arbeit fortzuführen, bis sie wieder zurück in ihre Fabriken können.

Der Präsident sagte, der Wille der Syrer zu leben sei einer der wichtigsten Faktoren, warum Syrien gegenüber den grossen Problemen standhaft geblieben ist. Der Krieg, der gegen Syrien geführt wird, ist nicht nur auf den militärischen Aspekt limitiert, sondern hat auch die Wirtschaft schwer getroffen. Aber die Bereitschaft der Unternehmer weiterzuarbeiten, auch in einem kleinen Rahmen, habe positiv dazu beigetragen, das Rad der Wirtschaft am Drehen zu halten, sagte Assad.

Die Unternehmer versicherten Assad, trotz der Schwierigkeiten wollen sie die Produktion auf das vorherige Niveau bringen, um den internen Markt genügend zu beliefern und sogar auch den Export in die arabischen und internationalen Märkte wieder aufzunehmen. Mit der Aussicht auf eine langsame schrittweise Normalisierung der Wirtschaft können auch die Rückkehrer Arbeitsplätze finden.

Bereits am vergangenen Freitag hat das Präsidialamt alle Gerüchte und Fake-News über einen angeblichen schlechten Gesundheitszustand von Präsident Assad als unwahr zurückgewiesen. Er sei bei bester Gesundheit und absolviere seine Amtsgeschäfte völlig normal.

Das Präsidialamt sagte, die Quelle für diese Gerüchte seien die üblichen Medien mit bekannter einseitiger Berichterstattung, die von den Feinden Syriens finanziert werden. Die Gerüchte würden immer dann verbreitet, wenn die Lage in Syrien sich verbessere und im Gegensatz zu denen laufe, die schon seit Jahren einen Regimewechsel versuchen.

Ich frage schon lange, warum die europäischen Länder und speziell Deutschland nichts unternehmen, um in Syrien einen Wiederaufbau zu ermöglichen. Statt Milliarden an Steuergelder für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen auszugeben, wäre es viel sinnvoller, alles zu tun, damit sie in ihre Heimat zurückkehren können. Davon ist aber nichts zu sehen.

Es kommt mir vor, als ob man die Flüchtlinge für immer hier halten wolle, denn eine Rückkehr ist überhaupt kein Thema. Im Gegenteil, noch mehr sollen rein. Ich weiss auch warum. Das ganze Drumherum mit den Flüchtlingen ist ein Riesengeschäft geworden und beschäftigt viele Leute in den Behörden, Sozialeinrichtungen, NGOs und Unternehmen. Ohne Flüchtlinge hätte der ganze Apparat keine Einnahmen und nichts mehr zu tun.

Egoismus und Ausbeutung pur, wenn Deutschland die Leute ins Land lockt, die dann in ihrer Heimat fehlen, aber dort ausgebildet wurden.

Passend dazu die Nachricht: Von den 162 000 Flüchtlingen, die in Schweden 2015 Asyl beantragt haben, konnten nur 494 einen Arbeitsplatz finden, wie Zahlen der schwedischen Regierung, die am Dienstag veröffentlicht wurden, zeigen. Sie sind also nicht gut ausgebildet und qualifiziert, sondern liegen den Steuerzahlern auf der Tasche!

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2017/02/syrische-fluechtlinge-sollen-in-ihre.html#ixzz4Xck8VoT4>

### «Balkanroute» ist nicht geschlossen – pro Monat kommen ca. 17 000 neue Migranten nach Deutschland

*Epoch Times Aktualisiert: 2. Februar 2017 18:29*

«Die westliche Balkanroute ist nicht geschlossen – auch wenn die Grenzen viel besser geschützt sind als vor einem Jahr» sagt der Leiter des Anti-Schmuggler-Zentrums von Europol. In Deutschland trafen in den vergangenen Monaten jeweils zwischen 16 000 und 18 000 Asylsuchende ein, die meisten von ihnen Syrer, Afghanen und Iraker.



*Migranten an der serbischen Grenze, 2015.*

*Foto: ROBERT ATANASOVSKI/AFP/Getty Images*

Ungeachtet verstärkter Grenzkontrollen können Migranten aus Sicht der EU-Strafverfolgungsbehörde Europol weiterhin mit Hilfe von Schleppern ihr Zielland in Europa erreichen: «Die westliche Balkanroute ist nicht geschlossen – auch wenn die Grenzen viel besser geschützt sind als vor einem Jahr», sagte Robert Crepinko, Leiter des Anti-Schmuggler-Zentrums (European Migrant Smuggling Centre, EMSC) von Europol, der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung».

Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums sagte, die illegale Migration über den Westbalkan sei zwar deutlich reduziert worden, halte jedoch an. Auch würden «vermehrt Schleuserleistungen in Anspruch genommen».

Nach Schätzungen von Europol griffen zuletzt mehr als 90 Prozent der Migranten auf die Hilfe von Schleusern zurück. Vermehrt betätigten sich demnach Gruppen aus dem Bereich der organisierten Kriminalität an der Schleusung von Migranten.

### Pro Monat etwa 17 000 neue Migranten in Deutschland

In Deutschland trafen in den vergangenen Monaten jeweils zwischen 16 000 und 18 000 Asylsuchende ein, die meisten von ihnen Syrer, Afghanen und Iraker. Das sind deutlich weniger als vor Schliessung der Balkanroute und der Übereinkunft mit der Türkei auf ein Flüchtlingsabkommen Anfang 2016.

Seit April sind die Zugangszahlen weitgehend konstant. Nach Angaben von Europol sind die Preise für Schleu-



sungen von Migrant\*innen auf der Balkanroute zuletzt gestiegen, auf der zentralen Mittelmeer-Route von Libyen und Ägypten nach Italien hingegen gesunken.

In Italien kamen im vergangenen Jahr rund 181 000 Migrant\*innen an. Eine Sprecherin der EU-Grenzschutzagentur Frontex bezeichnete die Entwicklung auf dem Mittelmeer als «besorgniserregend». Auf Schlauchbooten, die zwischen zehn und zwölf Meter lang seien, seien 2014 rund 90 Personen untergebracht worden, zuletzt seien es bis zu 160 Personen gewesen.

Zudem nehme die Qualität der Schlauchboote – zumeist Importe aus China – weiter ab. Die zentrale Mittelmeer-Route sei für Schmuggler eine «Operation mit hohem Profit und null Risiko», sagte die Frontex-Sprecherin der Zeitung.

Der Zuzug von Nordafrika nach Italien steht am Freitag im Fokus des informellen EU-Gipfeltreffens auf Malta. EU-Ratspräsident Donald Tusk äusserte am Donnerstag, es sei «an der Zeit, die Route von Libyen nach Italien zu schliessen». (dts)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/welt/europol-westliche-balkanroute-ist-nicht-geschlossen-a2039522.html>

## **EU als neue Sowjetunion und Euro-Zusammenbruch in 18 Monaten: Aufregung über Trumps Botschafterkandidat in der EU**

*Epoch Times Aktualisiert: 2. Februar 2017 15:37*

Theodore Roosevelt Malloch ist Donald Trumps Kandidat für den Botschafterposten. Warum ausgerechnet er als ausgewiesener Brüssel-Kritiker diesen Job übernehmen sollte, wurde der 64-Jährige vergangene Woche im BBC-Fernsehen gefragt: Auf einem Diplomatenposten bei der UNO habe er bereits dazu beigetragen, die Sowjetunion zum Zusammenbruch zu führen, antwortete Malloch verschmitzt.

Die EU ist für ihn die neue Sowjetunion, die den Zerfall verdient, und dem Euro sagt er den baldigen Zusammenbruch voraus: Ted Malloch hält mit seiner Verachtung für die EU nicht hinter dem Berg. Brüssel ist entsetzt. Denn der umtriebige Wirtschaftsprofessor soll angeblich Botschafter von US-Präsident Donald Trump bei der EU werden. Parteiübergreifend fordern Europaparlamentarier bereits, ihm die Akkreditierung zu verweigern.

Theodore Roosevelt Malloch sieht sich seit Wochen als gesetzter Kandidat für den Botschafterposten. Warum ausgerechnet er als ausgewiesener Brüssel-Kritiker diesen Job übernehmen sollte, wurde der 64-Jährige vergangene Woche im BBC-Fernsehen gefragt: Auf einem Diplomatenposten bei der UNO habe er bereits dazu beigetragen, die Sowjetunion zum Zusammenbruch zu führen, antwortete Malloch verschmitzt. «Vielleicht gibt es jetzt eine andere Union, die etwas Zählung braucht.»

Tags zuvor hatte er bereits dem Euro in den kommenden 18 Monaten den Zusammenbruch prophezeit und das seit Jahren verhandelte Freihandelsabkommen TTIP mit den USA für «tot» erklärt. «Absurd» ist für den Brexit-Unterstützer die Brüsseler Position, dass Grossbritannien bis zum Ende seiner Mitgliedschaft in zwei Jahren kein Freihandelsabkommen mit den USA aushandeln darf. Dann würden eben «alle möglichen Dinge hinter verschlossenen Türen» passieren, kündigte Malloch an.

An Erfahrung auf internationalem Parkett mangelt es Malloch keineswegs, er ist dort seit Jahrzehnten unterwegs. Er kann auf Stationen beim Aspen-Institut und im Vorstand des Weltwirtschaftsforums von Davos verweisen, war Professor an den Universitäten Yale und Oxford und verdingt sich seit Anfang der 1990er Jahre als Firmenberater.

Besonders stolz ist er auf die Organisation des Weltkongresses für wirtschaftliche Entwicklung in Washington 1992, dessen Präsident er war. Die britische Ex-Premierministerin Margaret Thatcher habe ihn damals einen «globalen Sherpa» genannt, schreibt Malloch auf seiner Website und stellt sich damit auf eine Stufe mit den Spitzenberatern von Staats- und Regierungschefs, die internationale Gipfel vorbereiten.

Der Organisator internationaler Zusammentreffen ist ein bekennender Trump-Fan. Schon im Mai 2016 hielt er auf dem Internetportal Breitbart ein flammendes Plädoyer für den Bau von Trumps Mauer zu Mexiko.

Der Job in Brüssel wäre nicht das erste Mal, dass Malloch für die US-Regierung arbeitet. Nach dem Studium der politischen Ökonomie an den Universitäten im schottischen Aberdeen und im kanadischen Toronto war er mehrere Jahre als Volkswirt im US-Aussenministerium.

Den UN-Posten, auf den sich Malloch im EU-Sowjetunion-Vergleich bezieht, hatte er von 1988 bis 1991 in Genf inne. Er war damals Stellvertreter des Leiters der Wirtschaftskommission für Europa (UNECE), die sich für Wirtschaftsförderung einsetzt. Inwieweit er den Zusammenbruch der Sowjetunion mitverursacht haben soll, verriet Malloch bisher nicht.

Auch wenn es bisher keine offizielle Bestätigung für Mallochs Ernennung gibt, sind langjährige Europapolitiker in heller Aufregung. So einen ‚Quertreiber‘ wolle die EU nicht, schimpfte am Montag der SPD-Europaabgeordnete Jo Leinen und forderte, Malloch die Akkreditierung als Botschafter zu verweigern. Es folgten ähnliche Äusserungen des Vorsitzenden der konservativen EVP-Fraktion, Manfred Weber (CSU), und des liberalen Parlamentsvizepräsidenten Alexander Graf Lambsdorff (FDP). Möglich ist die Akkreditierungsverweigerung – jeder der 28 Mitgliedstaaten hat de facto ein Veto. Diplomatisch wäre das aber ein kaum zu heilender Affront gegen den neuen US-Präsidenten. Mancher bei der EU hofft deshalb noch, dass Malloch etwas voreilig davon ausgeht, dass er Trumps Statthalter in Brüssel wird. «Vielleicht will hier nur einer seinen Marktwert testen», mutmasst ein Europa-Abgeordneter. (afp/so)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/welt/eu-als-neue-sowjetunion-und-euro-zusammenbruch-in-18-monaten-aufregung-ueber-trumps-botschafterkandidat-in-der-eu-a2039335.html>

## **Orban verurteilt Sanktionskrieg gegen Russland: «Antirussische Politik ist im Westen zur Mode geworden»**

*Epoch Times Aktualisiert: 3. Februar 2017 6:25*

Ein Problem, das keine wirtschaftlichen Hintergründe habe, lasse sich ‚nicht mit wirtschaftlichen Massnahmen lösen‘, sagte Ungarns Premierminister Viktor Orban mit Blick auf die vom Westen verhängten Sanktionen gegen Russland. «Antirussische Politik ist im Westen zur Mode geworden», kritisierte er.

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban hat die wegen des Ukraine-Konflikts von der EU verhängten Sanktionen gegen Russland verurteilt. Ein Problem, das keine wirtschaftlichen Hintergründe habe, lasse sich ‚nicht mit wirtschaftlichen Massnahmen lösen‘, sagte Orban am Donnerstag nach einem Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in Budapest. Gleichzeitig prangerte er eine ‚anti-russische Atmosphäre‘ im Westen an. Seinerseits würdigte Putin Ungarn als ‚zuverlässigen Partner‘ in Europa.

«Antirussische Politik ist im Westen zur Mode geworden», kritisierte Orban bei einem gemeinsamen Auftritt mit Putin im ungarischen Parlament. Die derzeitigen Umbrüche weltweit aber würden zu einer ‚bedeutenden Neuordnung‘ und damit zu ‚positiveren Bedingungen‘ für die Beziehungen zwischen Brüssel und Moskau führen. «Weltweiter wirtschaftlicher Wohlstand ohne Russland» sei nur schwer vorstellbar, fügte er hinzu.

Zwischen Moskau und Brüssel herrscht Eiszeit – erst im Dezember verlängerte die EU ihre Sanktionen gegen Russland um ein weiteres halbes Jahr. Trotz seiner engen Verbindungen zu Putin hat sich Orban bislang der Verhängung der Sanktionen nicht widersetzt. Nach dem Amtsantritt von Donald Trump als US-Präsident hofft Putin auf ein Ende der US-Sanktionen.

In jüngster Zeit spitzte sich der Ukraine-Konflikt wieder zu, seit Tagen liefern sich Regierungstruppen im Osten heftige Kämpfe mit prorussischen Separatisten. Beide Seiten geben sich gegenseitig die Schuld an den blutigen Gefechten. Putin beschuldigte in Budapest die Regierung in Kiew, die Kämpfe zu provozieren: Diese sei nicht bereit, ‚die Bestimmungen des Minsker Friedensabkommens von 2015 umzusetzen‘, sagte er.

Budapest will die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland trotz der EU-Sanktionen vorantreiben. Putin wurde während des Treffens von seinen Ministern für Wirtschaft, Energie, Handel und Industrie begleitet. Die Zusammenkunft in Budapest war das siebte Treffen der beiden Politiker seit 2010 und Putins erste Reise in die EU seit der Wahl Trumps zum US-Präsidenten im November.

Putin sicherte Orban den Bau zweier neuer Reaktoren im ungarischen Atomkraftwerk Paks zu. Russland sei bereit, den Bau zu hundert Prozent zu finanzieren, sagte er. Das Abkommen sah bisher vor, dass Moskau Budapest bis zu zehn Milliarden Euro leiht und damit rund 80 Prozent der Baukosten für die Erweiterung des Atomkraftwerks Paks finanziert.

Der Auftrag für den Bau der neuen Reaktoren erging ohne Ausschreibung an den russischen Staatskonzern Rosatom. Grünes Licht aus Brüssel steht allerdings noch aus. Bei der EU-Kommission läuft derzeit noch ein Verfahren gegen Ungarn wegen möglicher Wettbewerbsverzerrung. Orban äusserte die Überzeugung, dass die Abkommen ‚vollständig den Regeln der EU‘ entsprächen. (afp)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/europa/orban-verurteilt-den-sanktionskrieg-gegen-russland-antirussische-politik-ist-im-westen-zur-mode-geworden-a2039644.html>

## «High Noon» für das Bargeld!

*Posted on Januar 31, 2017 9:18 pm by; von Guido Grandt*

Der Kampf gegen das Bargeld bekommt eine neue Dimension! Denn nun bereitet sogar die EU-Kommission ein Gesetz zur einheitlichen Begrenzung vor. Dieses soll 2018 vorliegen. Konkret geht es dabei um eine Obergrenze für Bargeldzahlungen.

### **Klammheimlich schleicht das Bargeldverbot durch die Hintertür**

Schon längst weise ich bei meinen Volkspetition News daraufhin, dass die Politik-, Wirtschafts- und Finanzeliten das Cash am liebsten gleich ganz abschaffen würden. Doch mit einer Hauruck-Aktion würde es zu schweren Verwerfungen kommen. Vor allem zu gesellschaftlichen. Deshalb schleicht das Bargeldverbot klammheimlich durch die Hintertür. Zunächst werden die grösseren Scheine abgeschafft, wie es in der EU bereits mit dem 500-Euro-Schein gemacht wurde. Sukzessive werden weitere folgen. Und es wird zu einer Obergrenze für Bargeldzahlungen kommen. Genauso, wie es zurzeit hinter vorgehaltener Hand in Brüssel besprochen wird.

Wissen Sie was: Die EU-Staaten brauchen jeden Cent, um die Schulden- und Bankenkrise in den Griff zu bekommen. Bevor das Ganze vollends zusammenkracht, greifen Sie zu allen Mitteln. Ganz egal, wie schmutzig diese auch sind!

### **Die Bargeldobergrenze**

Eines dieser Mittel ist eine einheitliche Bargeldobergrenze. Dadurch sollen die dahingehenden unterschiedlichen Praktiken in der Europäischen Union nivelliert werden. Tatsächlich gibt es grosse Unterschiede. Während in Frankreich die Obergrenze bei 1000 Euro liegt, beträgt sie in Italien 2000 Euro. Und in Deutschland? Hier gibt es noch keine, wird aber heftig diskutiert. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble legte sich bereits auf eine Obergrenze von 5000 Euro fest. Ob es nachher so weit kommt, steht noch in den Sternen. Wenn Sie mich fragen, wird sich die EU auf einen Betrag weit darunter festlegen!

### **So wird Ihnen ein Cash-Verbot schmackhaft gemacht**

Nachdem also herausgefunden wurde, was Zentralbanken, Unternehmen, Bürger, Steuerfahndung, Strafverfolgungsbehörden und der Zoll über eine Cash-Obergrenze denken, soll eine solche nächstes Jahr kommen. Natürlich nicht ohne vorher den Bürger damit einzulullen, dass die Bargeldbeschränkung etwas Tolles und Notwendiges ist. Vor allem im Kampf gegen Geldwäsche, Terrorismus, Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit unverzichtbar ist. Das sind jedenfalls die herkömmlichen Argumente, um Ihnen schmackhaft zu machen, dass Sie ohne Bargeld besser dran sind.

### **Sie haben kein Grundrecht auf Bargeld!**

Wie perfide die EU dabei vorgeht zeigt, dass in dem Papier, das gerade ausgearbeitet wird, eines festgestellt wird: Dass es kein Grundrecht auf Bargeld gibt! Verstehen Sie! Sie haben gesetzlich keinen Anspruch darauf, dass Sie cash bezahlen können. Das ist eine sehr wichtige Erkenntnis! Denn dadurch haben Sie auch keine rechtlichen Möglichkeiten, sich dagegen zu wehren. Und damit auch nicht gegen die Praxis des zukünftigen lückenlosen bargeldlosen Zahlungsverkehrs!

So einfach ist das also! Egal, ob es Ihnen nachher passt oder nicht – Sie haben keine Chance, etwas dagegen zu unternehmen.

### **Verhindern Sie ein Bargeldverbot in der EU**

Wie gesagt, auch in der EU droht nicht nur eine Obergrenze für Bargeld, sondern gleich gar ein Cash-Verbot. Helfen Sie deshalb mit, ein solches zu stoppen! Zeichnen und verbreiten Sie unsere Petition gegen ein Bargeldverbot.

Denken Sie immer daran: Sie haben ein Recht auf die Wahrheit!

Herzlichst Ihr

Guido Grandt

Quelle: <https://wahrheitfuerdeutschland.de/high-noon-fuer-das-bargeld-1/>

## «George Orwell war harmlos dagegen»: Axel Springer-Chef kritisiert «Fake News»-Kampf der Bundesregierung

*Epoch Times Aktualisiert: 3. Februar 2017 5:40*

«George Orwell war harmlos dagegen. Ich habe den Eindruck, dass gerade ein paar Grundprinzipien freiheitlicher Gesellschaftsordnung mit Füßen getreten werden.» Das sagt Springer-Chef Mathias Döpfner in einem aktuellen Interview.



*Springer-Chef Mathias Döpfner kritisiert die Bundesregierung für ihren Kampf gegen «Fake News».  
Foto: Stephanie Pilick/dpa*

Ruhe bewahren: Das Problem, dass Unwahrheiten und Gerüchte verbreitet wurden, hat es schon immer gegeben. Das ist die Botschaft eines Interviews, das mit Springer-Vorstand Mathias Döpfner gestern auf «Meedia.de» erschien.

Döpfner findet es falsch, «dass professionelle Medien jetzt sozialen Medien helfen sollen, Fake News zu identifizieren und Fakten zu checken». Er sieht soziale Medien vor allem als Technologieplattformen. «Wenn ein Technologie-Monopol fast zwei Milliarden Leser erreicht und die Inhalte-Auswahl kontrolliert, ist das das genaue Gegenteil von Vielfalt», sagte er.

«Sprachlos» sei er, wenn Facebook in Deutschland Partner für das Faktenchecking suche und dabei auch ARD und ZDF anspreche: «Ich verstehe nicht, wie man Gebührengelder missbrauchen könnte, um das Glaubwürdigkeitsproblem eines Weltmonopols zu lösen, das Milliardengewinne erwirtschaftet. Ich hoffe, dass es sich um ein Missverständnis handelt.»

Er meint: «Unsere beste Methode, die Leute vom Konsum von Fake News abzubringen, ist, wenn wir authentisch und wahrhaftig berichten. Das ist die Aufgabe von Zeitungen.»

### «George Orwell war harmlos dagegen»

Zum Kampf der Bundesregierung gegen Fake News sagt Döpfner: «George Orwell war harmlos dagegen. Ich habe den Eindruck, dass gerade ein paar Grundprinzipien freiheitlicher Gesellschaftsordnung mit Füßen getreten werden.» Er fügt hinzu: «Viele böse Dinge dieser Welt begannen im Namen der guten Absichten. Die gute Absicht heilt den Bruch eines Prinzips nicht. Was Wahrheit ist, definiert keine Regierung, auch nicht Facebook. Und was den Menschen zuzumuten ist, sollten nicht Zensurbehörden definieren.» Der beste Garant für den mündigen Bürger sei die Vielfalt der Information und Meinungen durch verschiedene Anbieter.

### Vertrauensverlust liegt nicht am «Bösewicht Facebook»

Die Medien würden «mittlerweile von vielen als Teil einer grossen Eliten-Kungelei wahrgenommen». Dass die Glaubwürdigkeit von Zeitungen zurückgegangen sei, liege nicht am «Bösewicht Facebook», meint der Springer-Chef. «Vielleicht sprechen wir zu sehr wie Politiker, in Worthülsen, Sprechblasen, in politisch-korrekt abgeschliffenen Formulierungen.» Vielleicht würden zu oft Wünsche, wie etwas sein müsste, transportiert – und zu selten «Fakten, Tatsachen, schonungslose Beobachtungen».

Als Beispiele wie die Medien «durch weltfremde Political Correctness Vertrauen eingebüsst» haben, nennt Döpfner die «Trump-Wahl» und den «Brexit». Er erklärt: «Hier haben viele Medien offenbar die eigene gute Absicht mit der Stimmung in der Bevölkerung verwechselt.» Selbst der erbittertste Trump-Gegner komme ins Grübeln, wenn Trump immer nur als Clownsfratze gezeigt werde.

### Graben zwischen Medien und Bevölkerung

Döpfner weiter: «Wir sehen einen wachsenden Graben zwischen politischen Eliten und den Medien auf der einen Seite und der sogenannten normalen Bevölkerung auf der anderen. Das muss man ernst nehmen.» Ein



guter Journalist rede mit jedem, müsse aber auch den nötigen Abstand halten. «Und dieser Abstand ist in einigen Fällen immer geringer geworden.»

Es gebe bei den Medien zu viel Nähe zu jenen, «über die man eigentlich kritisch berichten müsste, zu viel Rücksicht auf die Wünsche, an Interviews solange zu arbeiten, bis genau das Gegenteil von dem übrig bleibt, was einer gesagt hat.» Wenn man am Ende eines Hintergrundgesprächs nur zehn Prozent schreiben darf, würden die Leser das spüren. Dies nähere den Eindruck: «Die stecken mit den Politikern unter einer Decke», den Döpfner jedoch «immer noch mehrheitlich falsch» nennt. Er glaubt an die Unabhängigkeit der Medien und meint: «Zwischen allen Stühlen sitzt der Journalist richtig.» Nur solange man kritisch berichte und sich nicht gemein mache mit dem Objekt der Berichterstattung, sei man «ein nützlicher Teil des demokratischen Systems.» (rf) *Mathias Döpfner (54) ist einer der wichtigsten Medien-Lobbyisten Deutschlands. Er ist Vorstandsvorsitzender des Axel Springer-Verlages und seit Juli 2016 Präsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger.*

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/george-orwell-war-harmlos-dagegen-axel-springer-chef-kritisiert-fake-news-kampf-der-bundesregierung-a2039458.html>

## IMPRESSUM

### FIGU-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Redaktion: «Billy» Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

#### Abonnemente:

Erscheint unregelmässig

Wird nur im Internet veröffentlicht

Postcheck-Konto: FIGU, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3, IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: [info@figu.org](mailto:info@figu.org)

Internetz: [www.figu.org](http://www.figu.org)

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2017

Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter [www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/](http://www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/)

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, «Freie Interessengemeinschaft», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz